

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,80 M., (binnen 95 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 4,80 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postgebühren. Auslandsendungen 6.— M. pro Monat; für Länder mit zentraler Postverwaltung 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Samstags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Tägliche Sonntagsbeilage „Soll und Zeit“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Telefon: Dönhofs (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 63/66.

Dienstag  
27. Oktober 1931  
Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konzentration des Stimmzettels auf die „Klein- und Mittelpartei“ des jetzigen Reichstags (jetztige Partei des Reichstags) ist ein Zeichen für die politische Unklarheit der Wähler. Die Wähler wissen nicht, was sie wollen. Sie wissen nicht, was sie wollen. Sie wissen nicht, was sie wollen.

## Politische Entscheidung!

### Zum Lohnkonflikt bei der Reichsbahn und den Gemeinden.

Heute, morgen und in den folgenden Tagen wird über das Lohnniveau von mehr als zwei Millionen Arbeitern öffentlicher und privater Betriebe entschieden. Neben den Textilarbeitern, deren Lohnsätze im ganzen Reich gekündigt sind, neben den 600 000 Arbeitern und Arbeiterinnen der Metallindustrie, wo die Frage der 40-Stunden-Woche zunächst beschlossen werden muß, ehe über die Lohnfrage beraten werden kann, befinden sich im Augenblick im entscheidenden Stadium die Verhandlungen über die Löhne der Reichsbahnarbeiter und der Gemeindearbeiter.

Die Bedeutung dieser Lohnverhandlungen liegt nicht nur darin, daß es sich bei den zwei letzten Gruppen um mehr als eine halbe Million Beschäftigte, sondern vor allem in der Tatsache, daß es sich hier um Arbeiter öffentlicher Betriebe handelt, auf deren Lohngestaltung die Reichsregierung einen entscheidenden Einfluß hat.

Über die Verhandlungen selbst und über die Stellungnahme der Organisationen und die Stimmung der direkt betroffenen

Arbeiterklasse veröffentlichen wir an anderer Stelle eingehende Berichte. Wir wollen hier nur aussprechen, daß es nicht genügt, wenn die Reichsregierung erklärt, daß sie an dem Tarifrecht nicht rütteln will und daß sie es ablehne, die Tarife nach den Wünschen gewisser Unternehmerkreise „elastisch“ zu gestalten. Wenn die Reichsregierung gleichzeitig zuläßt, veranlaßt oder sogar verlangt, daß die Löhne für Arbeiter in öffentlichen Betrieben in einem Jahr dreimal gekürzt werden, und zwar derart gekürzt, daß sie nach dem Eingeländnis der Reichsbahnverwaltung oft nicht ausreichen, um die Mieten in den eigenen Wohnungen der Reichsbahn zu zahlen, dann kommt das praktisch ungefähr auf die Erfüllung der Forderungen der Schanzscheider hinaus. Die schönsten Reden gegen die Radikalisierung der Massen werden völlig entwertet durch Handlungen, die diese Massen zur Verzweiflung treiben müssen. Die Reichsregierung muß sich bewußt sein, daß mit der Entscheidung in den Lohnkonflikten in der Zeit der schlimmsten Not eine politische Entscheidung ersten Ranges gefällt wird.

## Heute wählt England.

### Bürgerblock gegen Arbeiterpartei.

Wahlen in Großbritannien sind nur zu verstehen, wenn man sich vorerst einen klaren Begriff von dem englischen Wahlsystem macht. Deshalb sei hier zunächst daran erinnert, daß es in England noch immer kein Verhältniswahlrecht gibt, sondern nach wie vor ungefähr das gleiche Wahlsystem wie für den Reichstag im kaiserlichen Deutschland: also keine Kandidatenlisten, sondern durchweg Einmännerwahlkreise. Das Unterhaus zählt 615 Abgeordnete, und es gibt etwa 600 Wahlkreise. Nur in einigen wenigen Fällen, in denen die Zahl der Wahlberechtigten ganz besonders groß geworden ist, hat man zwar nicht die Wahlkreise geteilt, dafür ihnen zwei Abgeordnete zugewiesen. Außerdem haben aus ältester Zeit die Universitäten das Privileg, besondere Abgeordnete ins Unterhaus zu entsenden.

Der entscheidende Unterschied zwischen dem früheren deutschen Reichstagswahlmodus — dem übrigens der gegenwärtige Wahlmodus in Frankreich sehr ähnelt — und dem englischen System besteht allerdings darin, daß es in England keine Stichwahl gibt, sondern daß schon im ersten Wahlgang nicht die absolute Mehrheit entscheidet, sondern schon die relative Mehrheit genügt. Man hat das Wahlsystem aus jenen alten Zeiten, in denen es nur zwei Parteien gab, die Konservativen und die Liberalen, einfach unverändert übernommen und wendet es in einer Zeit an, in der es zumindest eine große dritte Partei gibt, nämlich die Labour Party. Das verleiht den englischen Wahlen einen Lotteriarigen Charakter, der unseren Begriffen von Gerechtigkeit ins Gesicht schlägt und der nur durch das oft außerordentliche Festhalten der Briten an ihren längst überholten politischen Sitten und Einrichtungen zu erklären ist.

Wie ungerecht sich dieses englische Wahlsystem auswirkt, zeigen deutlich die Stimmzahlen und Abgeordnetenziffern der drei großen Parteien bei den zwei letzten allgemeinen Wahlen von Oktober 1924 und Mai 1929.

	Arbeiterpartei	Konservative	Liberalen
	Stimmen Mandate	Stimmen Mandate	Stimmen Mandate
1924	5,5 Mill. 151	8 Mill. 412	2,9 Mill. 42
1929	8,36 „ 287	8,65 „ 260	5,3 „ 59

Die Leidtragenden dieser Wahlosterie waren unzweifelhaft in den letzten Jahren die Liberalen, die mit Erbitterung feststellen mußten, daß das letztmal rund 90 000 Stimmen abgegeben werden mußten, um einen liberalen Abgeordneten zu wählen, während bei den Konservativen 33 000 und bei der Arbeiterpartei sogar nur 28 000 Stimmen genühten! Es ist daher begreiflich, daß Lloyd George seine Tolerierung der Arbeiterregierung von dem Versprechen einer Wahlsreform abhängig machte. Dieses Versprechen wurde ihm zwar schließlich gegeben, aber noch vor seiner Erfüllung ging die Labour-Regierung in die Brüche, so daß heute wieder einmal nach dem alten, ungerechten und überholten Modus gewählt wird.

Die Bildung der sogenannten „Nationalen Regierung“ unter Leitung des früheren Führers der Arbeiterpartei, MacDonald, bedeutete rein wahltechnisch für die Arbeiteropposition eine ungeheure Gefahr. Ursprünglich bestand jedenfalls bei den Regierungsparteien, das heißt vor allem bei den Konservativen und den Liberalen die Absicht, möglichst überall nur „straight fights“ zu veranstalten, das heißt: Wahlkämpfe zwischen einem Kandidaten der vereinigten Regierungskoalition und einem Arbeiterparteilager. Durch das einfache Zusammenaddieren der bisherigen konservativen und liberalen Stimmen hoffte man, zahlreiche Arbeiterabgeordnete zu Fall zu bringen, die im Jahre 1929 nur mit relativer Mehrheit gewählt worden waren.

Indessen ist es schon unmittelbar nach der Auflösung des Parlaments wesentlich anders geworden. Die Konservativen, die in den Tagen der Bildung der „nationalen Regierung“ des Lobes voll waren über die „vaterländische“ Haltung der wenigen abtrünnigen Führer der Arbeiterpartei und der Liberalen, ließen nach der Verkündung des Auflösungsdekrets die Maske fallen. Mit unübertrefflichem Ignominium gaben sie plötzlich zu erkennen, worauf es ihnen allein ankam: die politische Verwirrung auszunutzen, um ihre absolute Mehrheit aus den Jahren 1924 bis 1929 wieder zu erobern und Schutzzölle als Allheilmittel gegen die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit durchzusetzen. Man stellte den liberalen Kandidaten die brutale Frage: „Berpflichten Sie sich auf den Schutzzoll? Wenn ja, dann wollen wir Sie in Ihrem Wahlkreis unterstützen, wenn nein, dann bekommen Sie einen konservativen Gegenkandidaten auf die

## Frankreich für Reparationsfürzung

### Pariser Auslegung der Vereinbarung von Washington. — Young-Plan als erledigt betrachtet.

Paris, 26. Oktober. (Eigenbericht.)

Das Ergebnis der französisch-amerikanischen Besprechungen hat auch in hiesigen diplomatischen Kreisen große Enttäuschung hervorgerufen, obgleich man von vornherein keine übertriebenen Hoffnungen auf die Aussprache Lavals mit Hoover gesetzt hat.

Vor allem betrachtet man hier die Form, in der die Deutschland interessierende Frage der Reparationszahlungen in dem französisch-amerikanischen Kommuniqué behandelt worden ist, als äußerst ungeschickt, wenn nicht als gefährlich. Aber man legt ihr nach genauerer Prüfung nicht die katastrophale Bedeutung bei, die man anfänglich aus den Erklärungen der französischen Presse entnehmen mußte. Wenn es auch, so wurde den Korrespondenten des „Soz. Pressedienst“ in Paris von maßgebender Seite erklärt, selbstverständlich sei, daß Hoover und Laval in Washington nicht die Abschaffung eines internationalen Abkommens wie des Young-Planes beschließen konnten, so bedeute andererseits der Satz des Kommuniqués, daß die Initiative zu einer Neuregelung der Regierungsschulden von den interessierten europäischen Mächten im Rahmen des Young-Planes ergriffen werden müsse.

nicht, daß der Young-Plan als solcher bestehen bleiben soll, sondern daß nur die Neuregelung gemäß den Bestimmungen des Young-Planes und nicht auf Grund von Interventionen wie die Hoovers im Juni in die Wege geföhrt werden soll.

Wenn einmal die Verhandlungen darüber im Gange seien, werde sich zeigen, daß der bisherige Zahlungsplan nicht aufrechterhalten werden könne.

Sedenfalls erwartet man hier auf Grund der Washingtoner Beschlüsse, daß die Reichsregierung in der nächsten Zeit einen Reparationsantrag für die geschützten Zahlungen stellen wird, was automatisch die Einberufung des im Young-Plan vorgesehenen Sachverständigen-Ausschusses zur Prüfung der deutschen Zahlungsunfähigkeit zur Folge hat. Die Sachverständigenberatungen dürften sich dann zu einer größeren internationalen Konferenz entwickeln. Es besteht, wie der Korrespondent des „Soz. Pressedienst“ ferner erzählt, Grund zu der Annahme, daß

Frankreich dann bereit sein wird, abgesehen von der Ersetzung eines Teiles der Baryahlungen durch Sachlieferungen in eine Herabsetzung der Reparationszahlungen einzuwilligen.

Ob auch eine Verringerung der geschützten Zahlungen in Frage kommt, wird von der Haltung des amerikanischen Kongresses bezüglich einer Herabsetzung oder Streichung der interalliierten Schulden abhängen. Nach einer hier vorliegenden Meldung aus New York soll die Zahl der Anhänger einer solchen Maßnahme in einflussreichen amerikanischen Finanz- und Industriekreisen in letzter Zeit bedeutend gewachsen sein.

### Günstigere Berichte auch in Amerika.

Washington, 26. Oktober.

Der französische Ministerpräsident Laval reiste heute früh nach New York ab, wo er den letzten Tag seines amerikanischen Aufenthalts bis zur Abfahrt am Dienstag früh verbringt.

Der Washingtoner Korrespondent der „New York Times“ detailliert diese Ergebnisse folgendermaßen:

1. Die Vereinigten Staaten hielten sich abseits von der Regelung aller politischen Probleme Europas außer in Fällen politischer Spannung, die einen Krieg herbeiführen könnten. Man sei dahin übereingekommen, daß „Adjustierungen“ solcher politischen Probleme hauptsächlich die Aufgabe Frankreichs als der stärksten Macht Europas seien.
  2. In Verbindung mit der Aufrechterhaltung des Goldstandards werde besonders betont, daß Frankreich in den letzten Tagen Maßnahmen ergriffen habe, um die Goldausfuhr aus Amerika nach Frankreich zum Stillstand zu bringen.
  3. Angesichts des unbedingten Festhaltens Lavals an dem Young-Plan werde eine weitere Behandlung des Reparationsproblems durch Unterbrechung der deutschen Zahlungsfähigkeit durch eine Kommission der V. V. S. erfolgen, worauf die Vereinigten Staaten die frühere Kriegsschuldenkommission wieder zu neuen Verhandlungen über die Kriegsschulden ins Leben rufen würden.
  4. Im übrigen betonten Hoover und seine Mitarbeiter in den Besprechungen mit Laval, daß sie bereit seien, Deutschlands Erholung von der gegenwärtigen Depression zu fördern.
- Schließlich hätten die Besprechungen über die Abstützungsfrage sowie über die Frage der französischen Sicherheitsgarantien ergeben, daß sowohl Frankreich wie die Vereinigten Staaten ihren bisherigen Standpunkt aufrecht erhielten.

### Linksieg bei den Generalratswahlen.

Paris, 26. Oktober. (Eigenbericht.)

Eine vom Innenministerium veröffentlichte Statistik über das Ergebnis der Wahlen zu den Provinziallandtagen (Generalräten) bestätigt, daß die Wahlen zu einem Sieg der Radikalen und der Sozialisten geführt haben. Nach der amtlichen Statistik haben die nationalistischen Parteien 25 Sitze in den verschiedenen Generalräten, d. h. 26,8 Proz. ihrer bisherigen Mandate verloren. Die Radikalen haben 28 Sitze, d. h. 35,5 Proz., und die Sozialisten 12 Sitze, d. h. 7,4 Proz., gewonnen. Der sozialistische Sieg ist in Wirklichkeit noch größer, da die Zahl der sozialistischen Mandate vor den Wahlen vom Innenministerium aus durchichtigen Gründen viel höher angegeben worden ist, als es den Tatsachen entsprach.

Heizung jeden zweiten Tag. Die vor kurzem erlassene Verordnung der Moskauer Stadtsowjets, wonach in der Sowjethauptstadt nur einmal in drei Tagen geheizt werden darf, ist wieder aufgehoben worden. Nach der neuen Verordnung darf in Wohnhäusern, Krankenhäusern und Kinderheimen jeden zweiten Tag geheizt werden.



Rufe gefehlt! Unter Führung von Sir John Simon kapitulierte die Hälfte der Liberalen vor diesem Ultimatum und verlegnete damit den wichtigsten, traditionellen liberalen Grundsatz: den Freihandel. Ein anderer Teil sträubte sich gegen diese Erpressung und wurde dafür prompt mit einer konservativen Gegenkandidatur bestraft. Die Fanatiker des Schutzzolls unter Führung der beiden Zeitungskönige Lord Beaverbrook („Daily Express“) und Lord Rothermere („Daily Mail“) setzten bei der konservativen Parteiführung durch, daß sogar dem liberalen Innenminister der „nationalen Regierung“, Sir Herbert Samuel, ein konservativer Rivale in seinem Wahlkreis entgegengestellt wurde, weil er die geforderte Vollmacht für den Hochschutzzollkurs nicht erteilen wollte!

Butschraubend erlebte der alte Führer der Liberalen, Lloyd George, den Zerfall seiner Partei. Als im August die Koalitionsregierung gebildet worden war, lag er gerade schwer krank in seinem Landhaus, so daß man damals seinen Rat gar nicht einholen konnte, selbst wenn man es gewollt hätte. Als er wieder aktionsfähig wurde, war es bereits zu spät: der Auflösungsbeschuß war mit Zustimmung der liberalen Unterführer Samuel und Simon verkündet worden, wobei der Simon-Flügel offen und vorbehaltlos in das Lager der Konservativen eingeschwenkt war mit der Begründung, daß der Sozialismus der Hauptfeind sei und daß es vor allem darauf ankomme, die Arbeiterpartei vernichtend zu schlagen. An der Spitze eines sechsten Restes von Getreuen erklärte Lloyd George, daß er diesen Verrat an den liberalen Grundsätzen nicht mitmache. Weber den hundertprozentigen Renegaten der Simon-Richtung, noch den fünfzigprozentigen Renegaten des Samuel-Flügels würde er auch nur einen Pfennig aus dem liberalen Wahlfonds zur Verfügung stellen, über den er allein disponiert. Er, seine Tochter Megan, sein Sohn und noch zwei oder drei Freunde kandidieren selbständig und werden dabei von der Arbeiterpartei unterstützt. Dafür hat am Freitag Lloyd George zu einem großen Schlag ausgeholt: er ließ einen Redakteur des „Daily Herald“ W. R. Ewer auf seinen Landsitz Churt zu sich kommen und gab ihm ein sensationelles Interview, das dank der Millionenauflage dieses Organs der Labour Party über das Wochenende in ganz Großbritannien wie eine Bombe einschlug. Auf die Frage des Berichterstatters, was er den liberalen Wählern anraten würde in jenen dreihundert Wahlkreisen, wo ein „straight fight“ zwischen einem Arbeiterkandidaten und einem konservativen Kandidaten stattfindet, antwortete Lloyd George:

„Wo es einen liberalen Freihändler gibt, der in der Frage des Schutzzolls keine Mühen macht (who does not play the fool about Tariffs), würde ich natürlich für ihn stimmen. Aber wo es keinen liberalen Freihändler gibt, würde ich nicht im geringsten zögern: ich würde für den freihändlerischen Kandidaten stimmen, gleichviel, welcher Partei er angehört.“

Man bedenke nun, daß die Liberalen vor zweieinhalb Jahren über fünf Millionen Stimmen erhielten, von denen jetzt ein großer Teil in diesem Wahlkampf völlig desorientiert ist. Den meisten wird zugemutet, den wichtigsten Programmpunkt der liberalen Weltanschauung über Bord zu werfen, indem sie ihre Stimme einem Kandidaten geben sollen, der aktiv oder tolerierend dem Schutzzoll zum Siege verhelfen soll. In dieser Situation gibt ihnen der Mann, der seit einem Vierteljahrhundert die Geschicke der Liberalen Partei geleitet hat, den Rat: „Wählt Arbeiterpartei!“ Die große Frage ist nun die, ob der bald 70jährige Lloyd George bei seinen früheren Wählern noch den gleichen Einfluß genießt wie ehemals. Wenn ja, dann könnte sehr wohl der heutige Tag eine ungeheure Ueberraschung bringen.

Die Rolle, die Macdonald, Snowden, J. H. Thomas und das Väterduend von sogenannten „nationalen Arbeiterkandidaten“ in diesem Wahlkampf gespielt haben, ist auf das tiefste zu beklagen. Sie beweist wieder einmal, wie jeder Schritt abseits von der Parteiorganisation zwangsläufig zum Renegatentum und zur Selbstvernichtung führt. Mit dem Tage, an dem sie sich von ihren bisherigen Freunden trennten, wurden Macdonald und seine Gruppe zu hilflosen Gefangenen der Konservativen. Auf deren Drängen haben sie ohne Not einen Wahlkampf inszeniert, dessen einziger Sinn nur sein konnte, ihre eigene bisherige Partei vernichtend zu schlagen.

Dabei ist das tatsächliche Ergebnis ihrer bisherigen Regierungstätigkeit überaus dürftig: angeblich um die englische Währung zu halten, zerschlugen sie die eigene Regierung auf Befehl der internationalen Finanz, die einen Abbau der Löhne und der Sozialpolitik als die unerlässliche Voraussetzung der finanziellen Sanierung bezeichnet hatte. Aber schon nach drei Wochen glaubten sie, das Pfund doch nicht mehr halten zu können, und stürzten kopflos in das Abenteuer der freiwilligen Entwertung. Seitdem wird das Pfund hin- und hergeworfen, die britische und internationale Wirtschaft ist in ungeheure Verwirrung gebracht worden, der erhoffte Rückgang der Arbeitslosenziffern ist nicht eingetreten, dafür droht unaufhaltsam die Angleichung an die Weltmarktpreise, also die Teuerung, und zu allem Ueberfließ soll noch der Schutzzoll einen neuen internationalen Hergentanz des Protektionismus auslösen.

Die Arbeiterpartei kämpft für die Sache der Arbeiter in der ganzen Welt. Sie wird, was immer der heutige Tag bringt, als mächtiger Faktor in der britischen und in der internationalen Politik weiterleben!

## Rück nach links in der Schweiz.

### Die Kantonswahlen.

Das endgültige Ergebnis der Schweizer Kantonswahlen lag auch am Montagabend noch nicht vor. Die Mandate dürften sich jedoch ungefahr wie folgt verteilen: Sozialdemokraten 49 (bisher 50), freisinnige Demokraten 32 (bisher 38), Katholisch-Konservative 45 (bisher 48), Bauernpartei 30 (bisher 31), Sozialpolitiker, eine Mittelgruppe, 2 (bisher 3), Liberal-Konservative

# Profitschinderei bei Schultheiß.

## Wie sich die Bankfürsten zu bereichern suchten. — Sogar kurzfristige Auslandskredite verwendet.

Der Bankenandal um Schultheiß wird immer größer. Insbesondere die Danabank und die Commerzbank haben eine Profitschinderei betrieben, die auch für kapitalistische Begriffe unwürdig ist.

Herr Rahenellenbogen hatte bekanntlich gleich zwei Bankkonzerne zum Aktienkauf gegründet, deren Existenz und Tätigkeit sowohl vor dem allgemeinen Bankentfortium des Konzerns, als auch vor dem Aufsichtsrat geheimgehalten wurden: Das eine mit der Danat und das andere mit der Commerzbank.

Die Geheimarbeit für Rahenellenbogen haben die beiden Banken sich aber sehr teuer bezahlen lassen und zwar auf dem Rücken des Schultheiß-Konzerns.

Das Danat-Konfortium sollte für 13,3 Millionen Mark Ostwerte- und Schultheiß-Aktien kaufen und zwar 90 Proz. auf Rechnung der Ostwerte und 10 Proz. auf Rechnung der Danat. Die Banken spekulierten auf eine Kurssteigerung. Sollte diese eintreten, dann sollte die Danat aber nicht nur 10 Proz., sondern 25 Proz. vom Gewinn bekommen und die Ostwerte nicht 90, sondern nur 75 Proz. Sollte ein Verlust eintreten, dann war die Danat am Verlust überhaupt nicht beteiligt und der Verlust ging voll zu Lasten der Ostwerte bzw. des Schultheiß-Konzerns auf.

Auf alle Fälle aber ließ sich die Danabank, das heißt hier Herr Jakob Goldschmidt, einen Gewinn von 500 000 Mark garantieren.

gleichviel, was mit den Aktienkursen passierte. Später wurde dann die Summe auf 375 000 Mark „entgegenkommenderweise“ von der Danat herabgesetzt. Die Summe, mit der Aktien gekauft wurden, wurde dann auf das Doppelte, also auf fast 27 Mill. Mark erhöht.

Die Danat speulierte aber keineswegs etwa mit eigenem oder deutschem, sondern mit ausländischem Geld. Die Beträge lauteten auf 3 bzw. 6 Millionen Dollar, für die Ostwerte- und Schultheiß-Aktien gekauft werden sollten.

Dasselbe kurzfristige Auslandsgeld, das uns seit Juli in die fürchterlichsten Wirtschaftskämpfe geworfen hat, weil es vom Ausland gekündigt wurde, war also der Danat willkommen, um damit üble Profitschinderei zu treiben.

Bei dem Commerz- und Privatbank-Konfortium steht es noch schlimmer. Was ob die Herren der Commerzbank sich der Zurückhaltung der Geschäfte vollbewußt gewesen wären, sind sie nicht selbst, sondern durch befreundete Auslandsbanken zum Aktienkauf auf die deutschen Börsen gegangen. Die Strohmannen waren die Amsterdamer Bank Hugo Kaufmann und die Eidgenössische Bank in Zürich. Der Vermittler zugunsten Rahenellenbogen bzw. zu Lasten des Schultheiß-

Konzerns war die Commerz- und Privatbank. Natürlich wurden auch hier Salutschulden eingegangen.

so daß auch hier Schultheiß-Aktien mit kurzfristigen Auslandsgebern gekauft wurden.

Die Profitschinderei war aber noch ungleicher. Ein eventuell eintretender Kursgewinn sollte zu 60 Proz. an die Commerzbank und ihre Hinterleute und nur zu 40 Proz. den Ostwerten bzw. dem Schultheiß-Konzern zugute kommen. Zunächst sollten Aktienwerte im Betrage von nur eine Million Dollar erworben werden, aber die Profitschinderei waren so verlockend für die Commerzbank und ihre ausländischen Bankfreunde, daß schließlich für über 3 Mill. Dollar Ostwerte- und Schultheiß-Aktien erworben wurden.

So wurde Rahenellenbogen für den Schultheiß-Konzern vom Commerzbank-Konfortium mit 13,8 und vom Danat-Konfortium mit rund 31 Millionen Mark belastet. Das waren die Summen, aus denen die beiden Banken sich ihre Profite schneiden wollten und die dann durch die Kursgarantie zu Lasten des Schultheiß-Konzerns, da inzwischen der Aktienkurs auf fast ein Viertel gestürzt war, die bekannten Verluste von 30 bis 35 Millionen Mark herbeiführten.

Im Inland und im Auslande haupiert jeder deutsche sogenannte Wirtschaftsführer mit dem Märchen „staatl. Wirtschaft“ und „Nazismus“ hätten die deutsche Wirtschaft und damit auch den deutschen Kredit ruiniert. Ist Herr Reinhard von der Commerzbank, bekannt als deutschnationaler Scharfmacher, ein Nazist? Ist Herr Goldschmidt eine staatl. Institution?

## Herr Reinhard und der Wirtschaftsrat

### Wird sich Herr Reinhard zurückziehen?

Auch in der bürgerlichen Presse ist man der Ueberzeugung, daß Herr Reinhard von der Commerzbank durch den Fall Schultheiß so sehr belastet ist, daß er als Berater der Regierung nicht mehr in Funktion treten kann. Die „Frankfurter Zeitung“ äußert über die Mitgliedschaft des Herrn Reinhard im Wirtschaftsrat die Erwartung, daß Herr Reinhard sich aus diesem Gremium zurückziehen wird, nicht etwa weil er einer der Finanzpfeiler der „nationalen Opposition“ ist, sondern weil die Enthüllungen in Sachen Schultheiß-Pfandbriefe — Ludwig Rahenellenbogen das Vertrauen in Herrn Reinhard auch bei seinen bisherigen Bewunderern beeinträchtigt haben dürften. Wir glauben zu wissen, so schreibt die „Frankfurter Zeitung“ weiter, daß mindestens das eine oder das andere Mitglied des Wirtschaftsrates überlegt, ob er unter diesen Umständen mit Herrn Reinhard in der geplanten Weise zusammenarbeiten kann.“

(Auchste Rechte) 5, vielleicht sogar nur 4 (bisher 6), Kommunisten 2 und 1 rechtsoppositioneller (bisher 2), wozu noch 1 oder 2 Wände kommen.

Die Sozialdemokraten verloren 2 Mandate, eines im Kanton Turgau und eines im Kanton Bern, der um 3 Mandate weniger zu besetzen hat als bisher. Gewonnen wurden ein Nationalratsmandat im Kanton Gené und im gleichen Kanton ein Ständeratsmandat, das von dem Präsidenten des kantonalen Parlaments besetzt wird. Personell weicht die sozialdemokratische Vertretung im Nationalrat keine erheblichen Veränderungen auf. Im Kanton Bern ist der Parteivorsitzende Ernst Reinhard, der 1928 nicht wiedergewählt worden war, gewählt worden. Die sozialdemokratische Stimmenzahl ist um mehr als 20 000 gestiegen und reicht damit sehr nahe an die der größten Partei, der freisinnigen Demokraten, heran. Der Rückgang der Mandatszahl des Nationalrates um 11 geht also nahezu auf Kosten der bürgerlichen Parteien. Die Sozialdemokraten haben, unter Berücksichtigung der Mandatsübertragung, 2 Mandate gewonnen und sind in 8 Kantonen, in denen sie bisher kein Mandat besaßen, knapp an die Mandatszahl herangekommen. Unter den bürgerlichen Parteien hat die Bauernpartei mit ihrer hochschulzönerischen Politik am besten abgeschnitten, während die Freisinnigen ständig im Rückgang sind. Obwohl der sozialdemokratische Erfolg nicht in Mandatsziffern ausgedrückt ist, ist der Rück nach links in der Schweiz unbestreitbar.

## „Weitgehende Uebereinstimmung.“

### Zwischen deutscher und italienischer Regierung. — Das Grandi-Kommuniqué.

Amlich wird mitgeteilt:

„Anlässlich der Anwesenheit des italienischen Außenministers Grandi in Berlin haben zwischen ihm und dem Reichkanzler eingehende politische Besprechungen stattgefunden. Anknüpfend an den freimütigen Gedankenaustausch, den der Reichkanzler bei seinem Besuch in Rom mit dem Chef der italienischen Regierung vornehmen konnte, wurden in diesen Besprechungen alle die großen politischen und wirtschaftlichen Probleme internationaler Art einer Erörterung unterzogen, deren Lösung von Tag zu Tag dringlicher wird. Bei der Aussprache, die in vollster Offenheit und in freundschaftlichster Gesinnung geführt wurde, ergab sich weitgehende Uebereinstimmung in der Beurteilung der Lage und der Notwendigkeiten, die sich aus ihr ergeben. Insbesondere kam auf beiden Seiten die Uebereinstimmung zum Ausdruck, daß die wirksame Bekämpfung einer Krise, wie sie heute die Welt erschüttert, ohne eine planvolle Zusammenarbeit der beteiligten Nationen nicht mehr möglich ist und daß diese Zusammenarbeit, wenn sie zum Erfolge führen soll, auf gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Achtung gegründet sein muß.“

## Hakenkreuz gegen Landbund.

### Landwirtschaftskammerwahlen in Pommern.

In einzelnen Kreisen der Provinz Pommern haben am Sonntag die Wahlen zur Landwirtschaftskammer stattgefunden. Die Wahlen trugen durchaus politischen Charakter, da die Nationalsozialisten überall Gegenläufigen gegen den Landbund aufgestellt haben. Der Wahlkampf war überaus heftig, die Nationalsozialisten haben ihre bekannte Methode der Verleumdung und der

Beschmutzung diesmal gegen den Landbund und seine deutschnationalen Führer gerichtet.

Das Ergebnis zeigt, daß die Nationalsozialisten das Doppelte der Stimmen des Landbundes erhalten haben.

Wie folgt Groß von der Volk in Hargburg: „Der die nationale Opposition spaltet, ist ein Schuft.“

## Prozessbeginn in Warschau.

### Die Anklage führt die Straftaten nicht einzeln auf.

Warschau, 26. Oktober. (Eigenbericht.)

Am Montag begann in Warschau der Prozess gegen die Führer der Linksoption. Die 11 Angeklagten werden von 19 Anwälten verteidigt, darunter die ersten Juristen Polens. Die Presse ist nur in beschränktem Maße zugelassen. Von über 50 Auslandsjournalisten wurden nur sechs Plätze im Gerichtssaal angewiesen.

Die Verhandlung begann mit der Verlesung der Anklage gegen die Oppositionsführer. Die Verteidigung bemängelte sofort nach der Verlesung, daß die angebl. Straftaten der einzelnen Angeklagten nicht gesondert aufgeführt sind, und beantragte die Ueberweisung des Prozesses von der Strafkammer in Warschau an das Schwurgericht in Krakau, wo der den Angeklagten zur Last gelegte Kongreß des Linksbundes seinerzeit stattgefunden hat. Das Gericht lehnte den Antrag ab, weil die angebl. Pläne zum gewalttätigen Sturz der Regierung in Warschau und nicht in Krakau eingearbeitet worden seien.

## Japaner gehen weiter vor.

### Neue Bahnlinie besetzt.

London, 26. Oktober. (Eigenbericht.)

In der Mandchurien haben die Japaner jetzt wiederum eine Bahnlinie besetzt. Der Schritt wird mit der erhöhten Aktivität chinesischer Banden in dem betreffenden Gebiet begründet. Die Bahn ist japanisches Eigentum. Die japanische Südmandschurische Bank und die Yokohama-Special-Bank besitzen jedoch Hypotheken auf sie im Werte von 4,9 Millionen Pfund Sterling.

Die Denziger sozialdemokratische Volkslagsfraktion hat die Auflösung und Neuwahl des Volkstages beantragt. Der Auflösungsbeschuß des Parlaments bedarf der Mehrheit der Abgeordnetenanzahl, das sind 37 von 72. Die Linke verfügt über 26 Mandate.

Die Unruhen auf Cypern nehmen ihren Fortgang. Am Montag wurde in Zypern wieder ein Bischof festgenommen. Er soll einen Angriff gegen das englische Verwaltungsgebäude geführt haben. In einem anderen Teil der Insel haben sich größere Menschenmengen mit der Gewinnung von Salz beschäftigt und damit gegen die Monopolgeggebung verstoßen. Es sind wieder vier Flugzeuge und Truppenverbände aus Ägypten nach Cypern entsandt worden.

In der Danzig-polnischen Streitfrage um den Hafen von Gdingen hat der Kommissar des Völkerbundes, Graf Flanina, am Montag eine Entscheidung gefällt, nach der Polen verpflichtet ist, den Danziger Hafen voll auszunutzen. Diese Verpflichtung bringt aber keineswegs die Notwendigkeit mit sich, Ausfuhrungsverträge abzuschließen. Der hohe Kommissar empfiehlt den Parteien, in direkten Verhandlungen zu einer Verständigung zu gelangen.



Drei Zentner Sprengstoff gefunden
Genug um ein Stadtviertel in die Luft zu sprengen!

Die im Laufe des gestrigen Tages noch im Keller der Wohnung Ueberbrück gefundenen Sprengstoffmengen werden auf annähernd einen Zentner geschätzt, so daß dieses Sprengstofflager sich nach den bisherigen Feststellungen auf rund drei Zentner Explosivstoffe belief, eine ganz ungeheuerliche Menge, genügend, um ein ganzes Stadtviertel in die Luft zu sprengen.

Die Befehung der Berliner Kommunistenzentrale am Bülowplatz durch die Politische Polizei währte bis in die späten Abendstunden des Sonntags. Bis auf die Räume des ZK (Zentral-Komitee) ist das Liebknecht-Haus gestern früh wieder freigegeben worden.

munistischer Parteigänger, deren Adressen im Interesse der Unterfuchung von der Polizei zunächst noch geheim gehalten werden, größere Mengen Sprengstoffe und dazugehörige Sprengmaterialien beschlagnahmt. Weiter sind auf Grund der polizeilichen Aktion eine Reihe von Verbindungsleuten und zum Teil auch die „Lieferanten“ ermittelt worden.

Im Flur des Hauses Große Frankfurter Straße 19 wurde von Angestellten des Juweliers Freundlich am gestrigen Sonntag ein Paket gefunden, das 150 Schuß Infanterie-Munition enthielt. Die Patronen wurden der Politischen Polizei übergeben.

80 000 Mark sei allerdings minderer Qualität gewesen und hätte eine bittere Beigabe zu dem Geschäft dargestellt. Man könne sich ja aber nicht aus einem Geschäft nur die Koffinen herausziehen. Ob wirklich durch Kieburg Waren verkauft worden seien, wisse er nicht, er habe nur einmal in einem Unterausschuß der Stadtverordnetenversammlung davon gehört.

Mehr Fahrgäste - weniger Geld
Die neuesten BVG-Verkehrszahlen.

Die neuesten von der Berliner Verkehrs-Gesellschaft veröffentlichten Verkehrszahlen lassen zum erstenmal die Auswirkungen des am 1. September eingeführten Tarifes erkennen.

Im Monat September 1931 wurden auf den Verkehrsmitteln der BVG 71 808 760 Personen befördert. (Im August dieses Jahres 69 563 921.) Davon entfallen auf die Straßenbahn 43 819 578, auf den Omnibus 10 177 000 und auf die U-Bahn 17 812 182 Fahrgäste.

Der Rückgang im Monat September 1931 im Vergleich zum September 1930 beträgt 12 Prozent. Für die einzelnen Verkehrsmittel ist das Ergebnis folgendes: Bei der Straßenbahn minus 16,8 Prozent, bei dem Omnibus minus 18,9 Prozent und bei der U-Bahn eine Steigerung von 9,1 Prozent.

Nach der Neueinführung des Tarifs vom 1. September ab wurden 21 594 320 Fahrten auf Sammelkarten gezählt. Es ergibt sich auch bei einem Vergleich mit den Zahlen des Monats August 1931, daß nach der Einführung dieses Tarifes 2 244 830 Personen mehr befördert wurden.

Der neue Tarif hat der BVG einen nicht unerheblichen Zustrom neuer Fahrgäste gebracht. Nicht gleichen Schritt mit der Erhöhung der Verkehrsziffern haben jedoch die Einnahmen gehalten. Hier ist ein weiterer Rückgang zu verzeichnen, die genauen Summen hat die Gesellschaft noch nicht bekanntgegeben.

Dachstuhlbrand in Schöneberg.

Im Dachstuhl des Eckhauses Hauptstraße 11 und Borbergstraße in Schöneberg brach gestern nachmittags Feuer aus, das schnell im sich griff.

Die Flammen hatten ihren Ausgang in einer Bodenlampe genommen und waren auf ein Maleratelier, das in einer Manfardenwohnung untergebracht ist, übergesprungen. Ein großer Teil des Ateliers mit vielen Arbeiten des Künstlers wurde vom Feuer zerstört.

Polizeipräsident Gejeinski wird am Mittwoch, dem 28. Oktober, abends 8 Uhr, in einer gemeinsam vom Reichsbund der Kriegsbekämpften, -Kriecher und -Hinterbliebenen und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstalteten Versammlung in Wittenau (Vereinshaus, Behnte, Oranienburger Straße 88/89) über das Thema „Polizei und Wirtschaft“ sprechen.

Die „lage Pragis“.

Wichtige Sachverständigenausfrage im Sklarek-Prozess.

Zu Beginn der gestrigen Verhandlung im Sklarek-Prozess, bei der die Angeklagten Gäbel, Degner, Schmitt und Luding fehlten, ordnete der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Rehner, an, daß sämtliche Angeklagten vom heutigen Dienstag ab aus Sicherheitsgründen, und zwar vermutlich um keinen Revisionsgrund zu schaffen, morgens an Gerichtsstelle zu erscheinen haben.

Der Sachverständige für die städtische Verwaltung, Obermagistratsrat Drogmann, wurde dann über die Frage gehört, ob das Abweichen von Beschlüssen des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung zulässig sei, wie es durch den Vertrag mit den Sklareks betreffs Uebergabe der BVG der Fall war.

schneit diese Erörterungen schließlich mit der Feststellung ab, daß es darauf ankomme, was sich der Kammerer Karding und der Syndikus Lange gedacht hätten, als sie den Vertrag, obwohl er den Beschlüssen zuwiderläufig, genehmigten.

Die weitere Erörterung galt zwei Nachtragsverträgen, durch die die Sklareks durch die Angeklagten Kohl und Sokoloffki weiter nach Ansicht der Staatsanwaltschaft begünstigt worden sein sollen, was diese jedoch bestritten. Eine Pflichtwidrigkeit der beiden Angeklagten wird auch darin erblickt, daß die Preise für die übernommenen Waren von der BVG zugunsten der Firma Sklarek stark ermäßigt worden sind.

Im übrigen seien die Behauptungen der Sklareks, daß sie Kieburg betrogen habe, daß die guten Waren gegen schlechte vertauscht worden seien, völlig unbewiesen, was man Punkt für Punkt nachweisen werde.

Leo Sklarek: Herr Kieburg hat sich von einem Berliner Trödler Anzüge für 8,50 M. gekauft, die er uns hingehängt hat. Davon steht nichts in der Anklage. Vors.: Seien Sie doch zufrieden, daß nicht alles darin steht. (Seitertzeit.) Der Angeklagte Kohl vertritt die Auffassung, die Interessen der Stadt gewahrt zu haben, und bestritt sehr entschieden, daß er die Sklareks mit dem Lager der BVG überverteilt hätte. Ein Posten Ware in Höhe von



„Germaine ist in der letzten Zeit vollkommen verändert, ich beobachte sie schon seit Wochen und bitte Sie“ — damit wandte sie sich zu den Gästen — „ihr Benehmen zu entschuldigen, Sie hängt unendlich an ihrem Bruder, und seitdem er krank ist, leidet sie mit. Bei jeder Gelegenheit bricht sie in Tränen aus — sie ist nicht wiederzuerkennen.“

Draußen aber schob Fräulein Holl ihren Arm unter den ihrer Freundin und sagte zweifelnd: „Ich weiß nicht, entweder ist diese Frau eine stille Heldin, die ihre Rolle bewundernswert spielt, oder aber sie ist ein wenig sehr dumm und naiv.“

Die andere lachte laut auf: „Das Letztere, meine Liebe, das Letztere. Aber die Düring hat den Profit davon — der laun keiner mehr am Zeug sitzen!“

Die letzten Gäste hatten sich verabschiedet, nur Fräulein Düring war im Gespräch mit Frau Loriot noch einen Augenblick zurückgeblieben. Ein plötzliches, betretenes Schweigen trat ein, als Loriot zu den beiden Frauen trat, und sich die drei Menschen unvermittelt ohne Zeugen gegenüberstanden.

„Wie soll ich Ihnen danken, verehrte gnädige Frau“, sagte sie bewegt, „ich werde niemals vergessen, was Sie heute für mich getan haben. Wenn es nach den Klatschbasen ginge, dann sähe ich schon morgen irgendwo, wo sich die Füchse und die Hasen gute Nacht sagen. Und ich bin doch so gern hier!“ Schelmisch blickte sie zu Loriot hinüber.

Johanna Loriot drückte das junge Mädchen sanft in einen der großen Polsteressel nieder und setzte sich ihr gegenüber. „Komm, André“, sagte sie ruhig, „setze dich auch zu uns, wir wollen nun rasch alles ins Reine bringen, wie es vernünftige Menschen tun müssen.“ Dann ergriff sie die Hände des jungen Mädchens.

„Kind“, sagte sie herzlich, „ich bin Ihnen niemals böse gewesen. Ich will auch meinen Mann nicht hier zu Hause einfesseln und ihn der Jugend, zu der er gehört, entziehen. Aber ich habe Pflichten gegen meine Kinder. Auf sie darf kein Makel fallen. Unsere Familienverhältnisse müssen nach außen rein sein — und auch nach innen.“ Ihre Stimme schwankte.

Fräulein Düring beugte sich über ihre Hand und küßte sie. „Gnädige Frau“, sagte sie fest, „hier haben Sie mein Versprechen, daß ich mich nie mehr mit Ihrem Gatten heimlich treffen werde — und wenn unser Zusammensein noch so harmlos ist. Denn das ist es in der Tat. Die alten Lanten sind bloß neidisch. Aber ich habe eingesehen, daß es besser ist, nicht in die Höhle dieser Löwinnen zu fallen.“ Sie lächelte spöttisch.

Draußen klopfte es. Frau Loriot erhob sich. „Ja, danke Ihnen“, sagte sie schlicht, „und damit wollen wir die Angelegenheit als erledigt betrachten.“ Sie schritt zur Tür, durch die hostig die Krankenschwester eintrat.

„Küssen Sie sich, Frau Professor“, sagte sie, als sie den jähen Schreck im Gesicht der Frau bemerkte, „aber das Befinden Ihres Sohnes scheint sich leider etwas zu verschlimmern. Ich habe soeben den Arzt telephonisch gerufen und damit seine Befehle besorgt, ihn von jeder Veränderung in Kenntnis zu setzen. Er wird jeden Augenblick hier sein.“

„Sie unterbrach sich jäh, denn ein gellender, wider Schrei drang durch den weiten Korridor herüber. „Das Kind“, sagte sie entsetzt, während Frau Loriot hinausstürzte.

Aber Germaine war wie von Sinnen. Sie schlug wie rasend um sich, als sie die Mutter vom Bett des Bruders entfernen wollte. Verzweifelt schüttelte sie die Hand des Bruders, der unbeweglich in den Kissen lag.

„Doch, Schnulsi, Dollchen, wach auf, wach auf!“ Sie streichelte sein Gesicht und küßte die tief eingesunkenen Wangen. Aber der Bruder rührte sich nicht.

Beruhigend sprach der dazu kommende Arzt auf sie ein. Aber sie biß und traute jeden, der sie anfassen und vom Bett wegführen wollte, sie stieß mit Händen und Füßen um sich wie eine Verzweifelte. Dann richtete sie sich mit jähem Rud auf.

„Ihr seid schuld, ihr alle!“ Mit überschlagender Stimme schrie sie es den Eingetretenen entgegen. Dann brach sie in Krämpfen zusammen.

Wieder ist die Nacht hell und sternklar wie einst. Wieder summt der Nachtwind in Sträuchern und Bäumen. Mild und sanft streicht die Luft in leisen Wellen über den Garten. Im vollen Licht des Mondes liegt das kleine Landhaus.

Loriot sitzt am Schreibtisch seines mit eingebauten Bücherregalen fast übermäßig belasteten Arbeitszimmers. Er hat ein schmales, schwarzes Heft vor sich und liest. „... Papa hat Augenblicke, in denen er mich haßt, das fühle ich genau. Warum nur? Bin ich schon ein zu erwachsener Sohn für ihn, wird er älter durch mich? Oder ist es etwas anderes? Und doch liebt er mich wieder, ist von einer rührenden Beforgnis, erfüllt mir jeden Wunsch, den ich ausspreche. Er mokiert sich über meine Liebe zur Astronomie und Mathematik — und doch hat er mir heute zum Geburtstag eine herrliche astronomische Bibliothek geschenkt. Was würden meine Kameraden in der Schule darum geben, wenn sie einen solchen Vater hätten! Nein, ich darf und will nicht undankbar sein.“

24. Februar. „Heute ein herrlicher Tag. Die beste Mathematikarbeit geliefert. Professor Fiedler nannte mich einen genialen Kerl. Wurde ein die Tafel gerufen, mußte selbstständig Formeln entwickeln und der Klasse erklären. In meinem Kopf alles leicht und frei, wie noch nie, ich kann denken, denken, alles strömt mir zu.“

Der Ordinarius hat mir den großen Schulpreis in Aussicht gestellt. Wie wird sich Papa freuen! Und Mamas Gesicht wird strahlen, und Germaine — die wird den ganzen Tag singen und Purzelbäume schlagen und vor Stolz auf mich nicht wissen, was sie machen soll.“

11. Mai. „... nein, ich finde keine andere Lösung, es gibt nichts anderes mehr. Ich bin krank, kränker als alle ahnen. Mein Gehirn funktioniert nicht mehr. Auch die Augen lassen täglich nach.“

Ich habe mich schon in die erste Bank gesetzt, aber selbst hier kann ich keine Zahl an der Tafel mehr erkennen. Wie soll das werden! Heute von Doktor Harber untersucht worden, er meint, es sei rein nervös, ich solle Sport treiben. . . .“

28. Mai. „Ich muß mich damit abfinden, muß versuchen, das Schicksal, das mir befohlen ist, auf mich zu nehmen. Es ist kein Zweifel mehr, ich bin gehirnkranke. Ich begreife nicht, daß keiner der Ärzte bisher diese Diagnose gestellt hat. Oder doch? Vielleicht haben sie nur den Mut nicht, mir zu sagen, daß ich verloren bin. . . .“ (Fortsetzung folgt.)



# Frauenmord vor Aufklärung?

Ein der Basdorfer Bluttat verdächtiger Pole festgenommen.

Die kriminalpolizeiliche Suche nach dem Basdorfer Frauenmörder hat gestern zur Festnahme des mutmaßlichen Täters geführt. Es ist ein 21jähriger Pole Guido D., der bei der verheirateten Tochter der Ermordeten in Schildow zur Unterleite wohnte.

Nach den Feststellungen der Nordkommissare Lobbes und Stiller gewann die Annahme, daß der Täter im Bekanntenkreis der Ermordeten zu suchen sei, immer mehr an Wahrscheinlichkeit. Die ganze Ausführung der gräßlichen Tat und die genauen Lokaltatsachen des Mörders gaben hier die ersten Anhaltspunkte. Der Festgenommene ist von Beruf Maler. Er ist aus Polen gestüchelt, um sich seiner Militärpflicht zu entziehen. Der Festgenommene hatte im Juli des Jahres an dem Hause des Hattinischen Ehepaares Arbeiten ausgeführt und dabei Gelegenheiten gehabt, die Bewohnerinnen der alten Leute genau kennenzulernen. Bei dem Schwiegersohn des Hattin in Schildow hatte der Pole ein Unterkommen gefunden. In dem Nordlage war der alte Hattin mit seinem Schwiegersohn nach Berlin gefahren und aus den Gesprächen in der Familie hat der Fotoerfahre, daß die alte Frau tagsüber allein im Hause ist. Inzwischen ist auch festgestellt worden, daß D. in Schildow im Ofen Soßen verbrannt hat. Man vermutet, daß er dadurch Spuren ver Wischen wollte. Offenbar waren die Kleider blutbefleckt, denn bei dem Kampf mit der Greisin, muß sich der Täter stark belübt haben. Da auch das Bild des Verdächtigen erhebliche Riden aufweist, bleibt er im Gewahrsam.

# Professor Calmette zum Prozeß.

Eine vernichtende Kritik.

München, 26. Oktober.

Prof. Calmette hat an die „Münchener Neuesten Nachrichten“ einen Brief gerichtet, in dem er zu den Vorgängen in Lübeck Stellung nimmt. In diesem Schreiben erklärt Prof. Calmette unter anderem:

Es erscheint offensichtlich nach dem Ausgange von Dr. Kistkaedts, Professor Deyde und seiner Assistentin Anna Schüge, daß in dem Laboratorium des Lübecker Krankenhauses keinerlei Vorsichtsmaßnahmen unternommen wurden, um eine Vermengung der Kulturen von BCG und der virulenten (giftigen) menschlichen Bazillen zu verhindern, die in dem gleichen Laboratorium zur Herstellung der Deyde-Mischungen parat waren. So kam es zu Verwechslungen, und diese sind die einzige Ursache für die Unfälle gewesen, die sich bei den Neugeborenen ereigneten. Es ist außerordentlich bedauerlich — so heißt es weiter — daß Professor Deyde und seine Anhänger, um sich von dem schweren Fehler reinzuwaschen, der bei der Bereitung des BCG in einem unzureichenden Laboratorium begangen wurde, erklären zu müssen glauben, das BCG hätte wieder zur Wirkung zurückgeschlagen können, während sie selbst wie die ganze Welt wissen, daß BCG vollkommen unschädlich ist. Die Angeklagten suchen die Verantwortung so zu wenden, daß nicht mehr das behandelt wird, was im Lübecker Laboratorium geschehen ist, sondern daß eine Diskussion über die biologischen Eigenschaften des BCG entsteht, die in Wirklichkeit nicht zur Diskussion steht und über die auch von einem Gericht gar nicht entschieden werden könnte. Zum großen Nachteil für ihren Ruf als Wissenschaftler — so schließt der Brief — haben Professor Deyde und seine Anhänger nicht geögert, vollkommen falsche Dinge anzuführen, von denen sie selbst wußten, daß sie nicht exakt sind, zum Beispiel die Berichte von dem mit BCG geimpften und verstorbenen Kindern in Pernik (Bulgarien) in den Jahren 1927/28. Diese Geschichte von Pernik wurde in allen ihren Einzelheiten von einem Dr. Simeonow, einem Agenten der Firma Friedmann, erstunden und ist von den Hygienebehörden Bulgariens richtiggestellt worden. Es ist das ein unwürdiges Vorgehen. Man muß sich wundern, daß Männer der Wissenschaft es anwenden, um sich von dem furchtbaren Irrtum zu reinigen, den sie begangen haben und für den sie dann die Verantwortung tragen.

Lübeck, 26. Oktober.

In der Beweisaufnahme wird Polizeisenator Mehrlein eingehend über die Einführung des Calmette-Verfahrens in Lübeck vernommen. Er äußert sich zunächst zu der amtlichen Stellung Obermedizinalrats Dr. Kistkaedts. Obwohl Kistkaedt zur Kontrolle in den Heilanstalten kein Recht hatte, wäre er wohl bei Gefahr im Verzuge sicherlich dazu berechtigt gewesen. Mehrlein erwähnt auch die Warnung oder Empfehlung des Reichsgesundheitsamtes; sie sei in einem Schriftstück von 20 Seiten nur auf kleinem Raum erfolgt. Man habe erst suchen müssen, wenn man die Mitteilung hätte finden wollen. Ueber seine Besprechungen mit Dr. Kistkaedt habe ihm das BCG-Verfahren als neues Verfahren zur Bekämpfung der Tuberkulose geschildert. Es sei in Frankreich schon seit Jahren eingeführt und in Hunderttausenden von Fällen angewandt worden, ohne daß man Schädigungen festgestellt habe. Er gab dann weiter über den Bezug einer Kultur aus Paris und über die Besprechungen mit Dr. Deyde Bericht. Auch über als Mittel selbst habe Dr. Kistkaedt ihm gesagt, daß es aus abgeschwächten Rindertuberkulosebazillen bestehe. Die gesundheitlichen Verhältnisse in der Lübecker Bevölkerung seien so gewesen, daß man wohl erwägen konnte, ein neues Mittel gegen die Tuberkulose einzuführen. Auf eine Frage des Vorsitzenden, ob Senator Mehrlein glaubte, daß Dr. Kistkaedt sich vielleicht mit der Einführung ein neues Betätigungsfeld suchen wollte, erwiderte Senator Mehrlein, diesen Gedanken habe er nie haben können. Auch die gegnerischen Stimmen habe Dr. Kistkaedt ihm im allgemeinen mitgeteilt. Senator Mehrlein betont weiter, er habe angenommen, daß man Tierversuche in Lübeck machen wollte, und Dr. Kistkaedt habe ihm auch bestätigt, daß Tierversuche in Lübeck gemacht worden seien. Erst nach der Aufdeckung des Unglücks habe Dr. Kistkaedt später sagen müssen, er hätte sich in dieser Hinsicht geirrt. Rechtsanwält Dr. Frey formulierte mit Genehmigung des Gerichts folgende Frage: Ist Herr Senator Mehrlein damals genau, eingehend und richtig informiert worden? Senator Mehrlein: Ja, ich hielt mich für ausreichend informiert.

# Heim für die Kinder der Arbeitslosen.

Einer seit Jahren geübten erfreulichen Gesinnung entsprechend, hat die gemeinnützige Wohnbauengesellschaft Stadt und Land auch ihrem neuesten und vorläufig letzten Großbauprogramm im Norden Berlins, in der Granitzstraße, auf Pankower Gebiet, ein eigenes, nur für die Bewohner und Mieter dieses Baublocks bestimmtes Kinderheim angegliedert, das am vergangenen Sonnabend mit einer schlichten Feier eröffnet wurde. In der Ansprache des Geschäftsführers Schabemald kam allerdings ein starker Pessimismus zum Ausdruck, denn er meinte, daß es für längere Zeit nicht mehr möglich sein werde, derartige Heime zu bauen. Das Heim ist jedoch so gesichert, daß sein Betrieb auch in einer Notzeit nicht unterbrochen werden wird. Wenn also, wie es heute leider vielfach nötig ist, die Frau einem Beruf nachgeht,

# Wahlen zur Aerztekammer.

## Die sozialdemokratische Liste.

In der Zeit vom 2. bis zum 11. November finden in Berlin die Wahlen zur Aerztekammer statt. Es sind neun Listen eingereicht worden. Die sozialdemokratische Liste, die 30 Kandidaten aufweist, ist von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Aerzte einstimmig aufgestellt worden. Sie beginnt mit folgenden Genossen: Stadtarzt Dr. Alfred Korach, Dr. Karl Kollwitz, sen., Dr. Ludwig Jaffe, Oberregierungsrat Dr. Walter Lustig, Dr. F. K. Meyer-Brodniß, Dr. Maria Wiggoldzinska, Dr. Hans Graaz, Dr. Hans Bierbaum, Stadt-Schularzt Dr. Richard Liebenow, Dr. Ignaz Jadel-Neutölln. Die sozialdemokratischen Aerzte wenden sich in ihrem Wahlaufruf u. a. gegen das individualistische System des Konkurrenzkampfes der Aerzte gegeneinander, gegen das autoritäre Regime in den ärztlichen Spitzenorganisationen und das veraltete Verfahren bei den ärztlichen Ehrengerichteten; sie treten ein für die Planwirtschaft in der ärztlichen Versorgung, für die Förderung der Sozialhygiene und Gesundheitsfürsorge, für freies Koalitionsrecht der Aerzte und verschiedene andere ärztlich-sozialistische Forderungen.

Unter den Wahlvorschlügen befindet sich auch je einer von den Kommunisten und den Nationalsozialisten. Der erstere steht unter der Führung von Stadtrat Dr. Schminke-Neutölln. Auf der nationalsozialistischen Liste kandidieren u. a. bemerkenswerterweise Professor Rejher, der ärztliche Direktor des städtischen Säuglingskrankenhauses in Berlin-Weißensee, und Dr. Denker, der stellvertretende Generalsekretär des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose.

# Wirtschaftsstriße und Aerztekammerwahl.

Die freigewerkschaftlichen Aerzte veranstalteten im Februart ihre erste Versammlung mit dem Thema „Wirtschaftsstriße und Aerztekammerwahl“. Nach Eröffnung der Versammlung wurde von einem Redner der kommunistischen Oppositionsgruppe auf die reaktionäre Einstellung der Aerzte hingewiesen, die sich u. a. darin äußere, daß die Forderung zur Abhaltung der Versammlung im Verzecheaus zurückgezogen wurde, da ein Gewerkschaftsvertreter sprechen sollte. Professor Kronfeld betonte dann, daß er nicht parteipolitisch gebunden sei und daß in der Gewerkschaft alles Platz habe, von den früheren Liberalen Raumanscher Prägung und den Sozialliberalen bis zu den Unpolitischen. Der Hartmannbund als Aerztengewerkschaft sei in seiner heutigen Form aber nur ein Verein von Kleingewerbetreibenden. Als Gewerkschaftsvertreter sprach dann Genosse Paul Levi; er zitierte zwei Nummern der „Arztlichen Mitteilungen“, des offiziellen Organs des Hartmannbundes, die den wahren Charakter dieser ärztlichen Standesorganisation darsin. So heißt es in einem Artikel vom 11. Juli 1931 über die Ursachen der Arbeitslosigkeit: Die Löhne seien übersteigert, da sie durch politische Faktoren bedingt seien. In der Nummer vom 6. August 1931 schreibt über

Dr. Egon Bandmann: „Durch eine Herabsetzung der Löhne und eine Verlängerung der Arbeitszeit müßten 20 Milliarden herausgeholt werden.“

Bandmann müßte die Gewerkschaftsunterstützung auf die Arbeitslosenunterstützung angedreht werden. Ein Arbeitsloser mit einem Kind brauche nicht mehr als 18,50 M. pro Woche. Saisonarbeiter seien auszunehmen, damit ein wohlgenährter Maurer sich nicht auf Kosten

# Öffentliche Kundgebung

im 19. Kreis — Pankow

Am Mittwoch, dem 28. Oktober, 20 Uhr, im Lokal „Schloß Schönhausen“ in Niederschönhausen, Lindenstr. 11

Es spricht Reichstagsabgeordneter Anton Reißner über:

**Private Wirtschaft oder Sozialismus**

Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Die Kreisleitung.

während sich der arbeitslose Mann bemüht, Arbeit zu finden, so können diese Leute ihre Kinder gelockt dem Helm übergeben. Selbsthilfe innerhalb der Baublocks hat aber auch dazu geführt, daß die Ernährung für alle Arbeitslosen bis Frühjahr 1932 sichergestellt ist. Das Kinderheim selbst weist mit seinen hellen freundlichen und anheimelnden Räumen alle Vorzüge der früheren von „Stadt und Land“ erstellten Kinderheime auf.

# Rästel um das U-Boot-Unglück.

Ist das russische Boot gesunken oder in Sicherheit?

Moskau, 26. Oktober.

Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion mitteilt, entsprechen die Nachrichten von dem Untergang des sowjet-russischen Unterseebootes nicht den Tatsachen. Durch den Zusammenstoß des U-Bootes mit dem deutschen Dampfer „Gratia“ im Finnischen Meerbusen wurde das U-Boot nur unbedeutend beschädigt, während der Dampfer ein kleines Leck erhielt. Das Unterseeboot ist mit eigener Kraft nach Kronstadt zurückgetehrt, und auch der deutsche Dampfer hat ohne fremde Hilfe Leningrad erreichen können. U-Boot wie Dampfer benötigten nur unbedeutende Reparaturen.

Im Gegensatz dazu wird aus Kopenhagen gemeldet, daß am Sonnabend um 14.35 Uhr die Funkstation eines Wiborger Blattes SOS-Rufe des deutschen Dampfers „Gratia“ auffing, der schnellste Hilfe erbat. Kurz darauf stellte der Telegraphist fest, daß eine russische Küstenstation dem deutschen Dampfer weitere Mitteilungen zu machen. Dem Telegraphisten gelang es jedoch, weitere Einzelheiten aufzufangen. Danach ist das russische U-Boot plötzlich vor dem Erbeben des mit voller Kraft fahrenden deutschen Dampfers aufgelaucht. Der Dampfer konnte nicht mehr stoppen und rief das U-Boot auf, das sofort antwortete. Die Befragung des U-Bootes güt als verloren. Der Dampfer „Gratia“ war am 8. Oktober von Stockholm kommend in Leningrad mit Maschinen teilen angekommen. Er befand sich jetzt mit einer Holzladung auf der Heimfahrt. Das U-Boot hatte an den russischen Flottenmanövern teilgenommen.

„Die Welpen“, das fliegende Kabarett im Schubert-Saal (Bülowsstr. 104), veranstaltet am Donnerstag, dem 29. 21 Uhr, eine Sondervorstellung „Kabarett nach Wupp“. In dieser Vorstellung treten nur junge unbekannte Künstler auf. Die fünf erfolgreichsten werden prämiert. Das Publikum entscheidet. Karten 1 Wart.

der anderen Vorteile verschaffe.“ In der Aussprache wies eine Schulärztin auf die Entkommunialisierungsbefehle im Hinblick auf die Interessen der frei praktizierenden Aerzte hin; sie betonte ferner, daß die Ambulatorien bessere Behandlungsmöglichkeiten böten als die frei praktizierenden Aerzte. Ein Vertreter der wirtschaftlichen Abteilung des Groß-Berliner Aerztebundes erklärte, daß das Verzecheaus, um eine Politisierung zu vermeiden, politischen Parteien nicht zur Verfügung gestellt werde. Eine frei praktizierende Ärztin sprach sich für eine Zusammenarbeit mit dem Hartmannbund aus, weil sie die herbe Kritik nicht ganz teilen könne.

# Krankenhausjubiläum.

Rudolf-Birchow-Krankenhaus besteht 25 Jahre.

In Berlin begehen in diesen Tagen zwei große Krankenhäuser, das Rudolf-Birchow-Krankenhaus und das Krankenhaus Pankow, die Jeler 25jährigen Bestehens.

Bis zum Jahre 1860 ist in den Berliner Verwaltungsberichten nichts von einem städtischen Krankenhause erwähnt. Berlin war zur Unterbringung seiner kranken Bürger auf die Charité und einige Charitatie und private Anstalten angewiesen. Man war in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts etwas zögernd mit dem Bau von Krankenhäusern geworden, da allmählich ein völliger Umschwung in den Anschauungen über die zweckmäßigste Bauart von Krankenhäusern eingetreten war. Man wollte abgehen von den vielstöckigen Anstalten mit meist schlecht belichteten zwischen den Krankenzimmern eingetreten war. Man wollte abgehen von den vielstöckigen Anstalten mit meist schlecht belichteten zwischen den Krankenzimmern eingetreten war. Man wollte abgehen von den vielstöckigen Anstalten mit meist schlecht belichteten zwischen den Krankenzimmern eingetreten war.

Das Gelände des Krankenhauses, das eine der größten Anstalten der Welt ist und laufend von in- und ausländischen Aerzten und Verwaltungsbeamten zu Studienzwecken aufgesucht wird, umschließt einen Flächenraum von 27,5 Hektar. Die Anstalt war ursprünglich für die Aufnahme von 2000 Patienten bestimmt, durch die Errichtung von Baracken usw. ist jedoch die jetzige Aufnahmekapazität auf rund 2800 Kranke gestiegen. Das Krankenhaus besitzt fast alle Arten von Spezialabteilungen.

Die Anstalt besitzt ein eigenes Wasserwerk und auch der Bedarf an Licht und Kraftstrom wird zur Hälfte aus einem eigenen Elektrizitätswerk gedeckt. Wie groß der Personalbestand der gewaltigen Anstalt ist, die gewissermaßen eine Stadt für sich darstellt, zeigen z. B. die Zahlen des Heil- und Pflegepersonals. So sind zur Zeit vorhanden: 17 leitende Aerzte, 70 Ober-, Assistenz- und Hilfsärzte, 40 Oberbeschwestern und -pfleger sowie 498 Schwester und Pfleger. Für die gründliche Ausbildung des Krankenpflegepersonals besteht seit 1908 eine Pflegeschule, in der bisher 720 Schülerinnen und 100 Schüler ausgebildet wurden. Während im Jahre 1907 nur rund 15 500 Kranke aufgenommen worden sind, betrug die Zahl der im Jahre 1930 behandelten Patienten rund 30 500.

# Der Schöpfer der Berliner Ausstellungen geht.

Der langjährige Direktor des Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamtes der Stadt Berlin, Dr. Schick, wird, wie wir hören, demnächst aus seinem Amte ausscheiden, um einer Berufung als ordentliches Vorstandsmitglied der Hotelbetriebs A.-G. Folge zu leisten. Die von Dr. Schick im Jahre 1924 durchgeführte erste Fachmesse der Schuh- und Lederverwirtschaftung gab den Anstoß zur Begründung des Berliner Messeamtes, als dessen Leiter es Dr. Schick in achtjähriger zäher Aufbauarbeit gelang, das Berliner Ausstellungsweesen zu dem heutigen hohen Stande erfolgreich weiterzuentwickeln. Während Dr. Schicks Amtszeit wurden über 80 Ausstellungsveranstaltungen, darunter solche größten Stils, auf dem gleichzeitig planmäßig ausgebauten Ausstellungsgelände am Kallertdamm mit guten Ergebnissen für Wirtschaft und Fremdenverkehr zur Durchführung gebracht. Dr. Schicks Arbeit war zweifellos für die Entwicklung Berlins zur Ausstellungstadt von grundlegender Bedeutung.

# Radfahrer vom Lastauto todsgefahren.

In der Ecke Genter- und Ostender Straße geriet gestern nachmittag der 45jährige Versicherungsbeamte Alexander Krüger aus der Ostender Straße 30 mit seinem Fahrrad unter ein Lastauto. R. erlitt so schwere Verletzungen, daß er auf dem Transport zum Birchow-Krankenhaus starb.

Wirtschaftsstriße und Konsumgenossenschaften. Zu dem Thema spricht das Mitglied des Ausschusses der Berliner Konsumgenossenschaft Genosse Emil Buchholz in einer Mitgliederversammlung der BCG am Mittwoch, dem 28. Oktober, 19.30 Uhr, im Hindenburgpark in Schöndorf. Eintritt nur gegen Warenbezugskarte.

...fertige Mischungen aus Kathreiner und Bohnenkaffee gibt's nicht zu kaufen...

Gerade diese Mischung schmeckt aber bekanntlich ganz besonders gut. Also: einzeln kaufen, bitte, und selbst mischen — es lohnt wirklich!



# Gefestigte Reichsbank.

## Wird die Devisenflucht energischer bekämpft? — Die Banken Ende September.

Nach dem Reichsbankausweis vom 23. Oktober ist die Inanspruchnahme der Reichsbankkredite in der dritten Oktoberwoche nicht unerheblich zurückgegangen, und der Abfluß von Devisen hat sich trotz noch fortwährender Rückzahlung von Markguthaben an das Ausland, die ja auch in ausländischen Währungen erfolgt, fühlbar verringert.

Gegenüber der Vorwoche sind die Bestände an Handelswechseln um 159,8 auf 3666,9 Millionen gesunken, die Lombarddarlehen um 69,6 auf 133,3 Millionen und der Bestand an Reichsschatzwechseln um 2,9 Millionen auf den sehr geringen Bestand von 90 000 M. zurückgegangen. Zur Einlösung von Wechseln war offenbar bei den Banken auch zusätzlicher Geldbedarf vorhanden, woraus sich in erster Linie die Verringerung der fremden Gelder auf Girokonto um 66,9 auf 484,6 Millionen erklären dürfte.

Da diese Abgaben auf Girokonto in Marknoten ausgezahlt werden, hat sich der Notenumlauf weniger verringert, als die Kreditentlastung ausmacht. Der Umlauf an Reichsbanknoten ging um nur 153,9 auf 4372,8 Millionen, derjenige an Rentenbanknoten um 5,2 auf 410,6 Millionen zurück. Bei Devisen und Gold zeigen sich nur noch verhältnismäßig geringe Verschiebungen nach unten. Die Goldbestände nahmen um 11,4 auf 1144,6 Millionen ab, die Bestände an deckungsfähigen Devisen nahmen um 4,8 auf 142,9 Millionen zu. Die Abnahme des Notenumlaufes war relativ und absolut erheblich stärker als die Verringerung der Gold- und Devisenbestände; so konnte sich die Deckung des Notenumlaufes durch Gold und Devisen gegen die Vorwoche von 28,6 auf 29,4 Proz. verbessern.

Als anormal sind in den jetzigen Zeiten im Reichsbankausweis insbesondere drei Posten anzusehen: der Wechselbestand, der Notenumlauf und die sogenannte Notendeckung, d. h. die Gold- und Devisenbestände.

Man kann annehmen, daß die Wechselbestände im Ausweis vom 23. Oktober um wenigstens rund 1½ Milliarden höher sind, als sie in normalen Krisenzeiten sein würden. Das hängt mit den Kreditabzügen des Auslandes zusammen, die in irgendeiner Form einen inländischen Ersatz zu schaffen zwangen. Die Tätigkeit der Akzept- und Garantiebank ermöglicht der Reichsbank, teilweise unter öffentlicher Garantie (Danat, Dresdner, Sparkassen usw.), Wechsel hereinzunehmen, die sie sonst nicht ohne weiteres als Kreditunterlage anerkennen würde.

Beim Notenumlauf ist zu berücksichtigen, daß wahrscheinlich ein Betrag von mindestens einer Milliarde Mark in Deutschland nicht mehr bei den Banken und Sparkassen gehalten wird, sondern im Strumpf oder im Banksafe unter Zinsverlust gehamstert sind. Da deshalb der Geldbedarf nicht kleiner ist, dürfte der Notenumlauf um einen entsprechenden Betrag höher sein, als es notwendig wäre. Ein Tatbestand, der absolut ungefährlich ist, weil ja die Noten im Sparstrumpf oder im Banksafe als Geld nicht umlaufen.

Der dritte interessante Posten ist der Devisenbestand, der viel niedriger ist, als er angesichts der großen Aktivität unserer Handelsbilanz sein müßte. Wir haben am Sonntag auf die Notwendigkeit hingewiesen, mit viel größerer Energie die Devisenflucht der Exporteure zu bekämpfen, als das bisher von der Reichsbank geschehen ist. Hoffentlich erweist sich die Reichsbankleitung, die als letzter Geldgeber heute eine fast unbeschränkte Machtvollkommenheit hat, in ihrer personellen Zusammenfassung nicht als zu schwächlich in diesem Punkte.

### Die Lage der Banken.

Die Reichsbank hat für Ende September die statistischen Uebersichten über die Entwicklung der deutschen Banken veröffentlicht. Es ergibt sich, daß im ganzen die Einlagenverluste der deutschen Banken auch im September noch angehalten haben, und daß von einer wirksamen Mobilisierung, von einem fühlbaren Aufstauen der laufend gewährten Bankkredite immer noch keine Rede ist.

Bei den Berliner Großbanken ist die Summe der fremden Gelder gegenüber Ende August weiter von 8060 auf 7873 Millionen gesunken. Ende März betrug die fremden Gelder noch

10 788 Millionen. Allein bei den Kreditoren der Großbanken zeigt sich also ein Einlagenschwund von rund 3 Milliarden Mark in sechs Monaten, der freilich in erster Linie auf die Kündigung ausländischer Kredite zurückzuführen ist. Bei sämtlichen Kreditbanken ist der Rückgang gegenüber Ende August von 10 492 auf 10 196 Millionen relativ noch erheblich stärker. Ende März betrug die Einlagen noch 13 261 Millionen, so daß hier rund 3,2 Milliarden Kreditorenverluste im Zeitraum eines halben Jahres festzustellen sind.

Auf der Aktivseite der Bilanzen zeigen die Berliner Großbanken gegenüber Ende August eine leichte Steigerung der Wechselbestände von 1500 auf 1509 Millionen, gegenüber einem Bestände von 2532 Millionen noch Ende März. Die Differenz dürfte in erster Linie zur Reichsbank gewandert sein. Bei sämtlichen Kreditbanken ist der Wechselbestand gegen Ende August von 2221 auf 2165 Millionen gestiegen gegenüber noch 3079 Millionen Ende März dieses Jahres.

Die Vorräte auf Lagernde und schwimmende Waren, die in erster Linie für den Import und Export gewährt werden, sind bei den Berliner Großbanken weiter stark gesunken, nämlich gegen Ende August von 1467 auf 1283 Millionen (noch 1894 Millionen Ende März) und bei sämtlichen Kreditbanken von 1696 auf 1489 Millionen (Ende März noch 2207 Millionen). Gemäß hat der erhebliche Rückgang des Außenhandelsumfangs in den sechs Monaten von März bis September diese starken Rückgänge mit verursacht; es dürften aber Kreditkündigungen des Auslandes auch jetzt noch hier eine sehr erhebliche Rolle spielen, da diese Außenhandels-(Rebours-)Kredite in der Vergangenheit in erster Linie mit Auslandskrediten finanziert wurden.

Bei den Schuldnern in laufender Rechnung zeigt sich gegenüber August ein leichter Rückgang von 5432 auf 5415 Millionen für die Berliner Großbanken und von 6905 auf 6961 Millionen bei sämtlichen Kreditbanken. Die entsprechenden Ziffern für Ende März waren 5890 Millionen bei den Großbanken und 7530 Millionen bei sämtlichen Kreditbanken. Daraus ergibt sich, daß die laufende Kreditgewährung der Banken im Verhältnis unvergleichlich viel größer geblieben ist als der allgemeine Rückgang der Bankeneinlagen und sonstigen fremden Bankgelder. Die Notwendigkeit der Wirtschaftsbereinigung von der Kreditgewährung der Banken her wird durch dieses Mißverhältnis von neuem unterstrichen.

### Die Notenhäuferei in Frankreich.

#### Höhere Zinsen für Kriegsanleihen.

Auch in Frankreich haben die Sparer Angst bekommen und bares Geld in den Sparstrumpf gelegt. Die Regierung und die Bank von Frankreich arbeiten gemeinsam mit den Privatbanken sehr energisch daran, durch Kautzufe die Sparer von der Ueberfülltheit ihrer Besparungen zu überzeugen. Man hat jetzt auch einen materiellen Anreiz bei der Bekämpfung der Notenhäuferei gegeben. Der Finanzausschuß der sogenannten Amortisationskasse, von der der Hauptteil der Kriegsanleihen verwaltet und getilgt wird, hat beschlossen, den Zinssatz für die nationalen Verteidigungsanleihen ab 25. Oktober von 2½ auf 3 Proz. zu erhöhen. Man gewährt also höhere Zinsen, um die Neigung der ängstlichen Sparer zu bekämpfen, ihr Geld unverzinstlich zu Hause aufzubehalten.

### Steigender Kurs für deutsche Auslandsanleihen

Seit dem Ausbruch der deutschen Kreditkrise haben die deutschen Dollaranleihen in New York phantastische Verluste erlitten, zum Teil bis unter 50 Proz. des sogenannten Parimerkes von 100 Proz. In den letzten Wochen hat sich das amerikanische Publikum wieder stärker den festverzinslichen Papieren zugewandt, und allein in der letzten Woche erzielten deutsche Dollaranleihen Kursgewinne von 13 Proz. für mit 7 Proz. zu verzinsende und Kursgewinne bis zu 25 Proz. bei mit 6½ Proz. verzinslichen Papieren. Das ist gewiß noch nicht allzu viel, aber doch ein Zeichen, daß das amerikanische Publikum die Wirtschaftslage alles weniger als hoffnungslos ansieht.

# Steuerergeschenke für I.G.-Farben.

## Sie sind auch wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen. — Wann werden sie beseitigt?

Wir haben am Sonnabend die skandalösen Steuerergeschenke enthüllt, die vom Reichsfinanzminister auf dem Verwaltungswege als Steuererleichterung dem I.G.-Farbentrust für Beunabgen gewährt worden sind, und wir haben deren Beseitigung verlangt. Ein Hochmann äußert sich im folgenden über die wirtschaftliche Seite der Angelegenheit.

Die in einem Sonderabkommen zwischen der I.G.-Farbenindustrie und dem Reichsfinanzministerium außerhalb des Gesetzes geregelte Ausgleichsteuer für Beunabgen ist von bisher 10 Pfennig auf 1 Mark je Hektoliter heraufgesetzt worden. Bei dem weniger orientierten Leser wird durch diese Reduktion der falsche Eindruck erweckt, als habe sich die I.G.-Bewertung bereitzgefunden, auf eine ihr gewährte Vergünstigung zu verzichten. Geht man den Dingen jedoch auf den Grund, so muß man feststellen, daß hier

### nur wieder einmal ein Fall von ganz einfachem Protektionismus

vorkommt, wie man ihn in den letzten Monaten und Jahren nur leider allzu häufig erlebt hat. Er wiegt aber um so schwerer, als er weder einem ganzen Wirtschaftszweig, noch einer Produzenten-Gruppe, sondern einem einzigen Privatunternehmen, dem Konzern der I.G.-Farbenindustrie, zugute kommt.

Jahre hindurch hat die I.G. die synthetische Benzingerinnung in Beuna auf der Rohstoffgrundlage der Braunkohle bzw. des Teers unter dem alten Benzinzoll von 7,74 Mark je 100 Kilogramm (6 Mark Grundzoll plus 29 Proz. Tarozuschlag) betrieben. Als im April vorigen Jahres dieser Einfuhrzoll aus steuerlichen Gründen von 6 auf 10 bzw. von 7,74 auf 12,90 M. erhöht wurde, ergab sich für die inländischen Treibstoffherzeuger

aus dieser Zollerhöhung eine Mehreinnahme, die angesichts der finanziellen Notlage des Reichs nicht gut gebilligt werden konnte. Die einheimische Produktion wurde daher mit einer Ausgleichsteuer belastet, jedoch nicht in voller Höhe des Mehrzolls von 5,16 Mark, sondern nur mit 3,89 Mark je 100 Kilogramm. Daraus ergab sich also für die deutschen Produzenten ein zusätzlicher Gewinn von immerhin 1,26 Mark je 100 Kilogramm.

Seit dem Herbst vorigen Jahres sind nun aber die Benzinpriese auf dem Weltmarkt stark zurückgegangen, und die Preiselstöße auf dem deutschen Markt haben die Erlöse weiter zusammenschrumpfen lassen, so daß die Wirkung des Zollschutzes für die Erzeuger größtenteils verloren ging.

Für den Farbentrustern resultierten daraus gewisse Verluste, die ihn schon während des letzten Winters veranlaßten, beim Reichsfinanzminister um Erlaß der Ausgleichsabgabe einzukommen. Dieser Schritt hatte damals immerhin einen gewissen Sinn.

Schon im Mai dieses Jahres kam jedoch die neue Benzinkonvention zustande, die ein normales Preisniveau wiederherstellte, und bald darauf hat die Regierung durch die Notverordnung vom 5. Juni teils aus finanzpolitischen Gründen teils in bewußter Subventionierungsabsicht den Benzinzoll nochmals stark erhöht, und zwar diesmal von 10 auf 17 Mark, zusätzlich des Tarozuschlags also von 12,90 auf 21,93 Mark je 100 Kilogramm. Daraus schöpfte die I.G. eine unerwartete Mehreinnahme von 9,03 Mark je 100 Kilogramm, d. h. von nicht weniger als 6,77 Pf. je Liter Benzin! Der I.G.-Farbentrust hätte nun, so sollte man meinen, allen Grund gehabt, mit diesem Erlös-

geschenk, das bei einer Jahresproduktion von 100 000 Tonnen Benzin immerhin über 9 Millionen Mark ausmachte, zufrieden zu sein. Doch wer das annimmt,

### verkennt den guten Appell der Großindustrie.

Obwohl es nämlich der I.G. inzwischen auch noch gelungen war, durch wesentliche technische Verbesserungen bei der Benzingerinnung (Einführung eines neuen Katalysators) und durch die Verarbeitung von Rohöl ihre Produktion bei gleichbleibenden Investitionen zu verdreifachen, d. h. ihre Produktionskosten beträchtlich herabzudrücken und damit also auch ihre Gewinne zu steigern, hat sie sich nicht geschert, den Reichsfinanzminister zu bewegen, die Ausgleichsteuer von 3,89 Mark je 100 Kilogramm, d. h. 2,85 Mark je Hektoliter bis auf den lächerlichen Betrag von 10 Pf. je Hektoliter streichen zu lassen! Nur pro forma hat man diesen Satz beibehalten, der in Wirklichkeit nichts ist als das Feigenblatt, hinter dem sich das Geschenk auf Kosten der Steuerzahler von 2,75 Mark je Hektoliter oder auf die Gesamtproduktion von 100 000 Tonnen berechnet von 3 664 000 Mark verbarg!

Das Abkommen mit dem Reichsfinanzministerium war zeitlich befristet und ist jetzt abgelaufen. „Großmütig“ hat sich jetzt die I.G., obgleich sie nach Abzug der Spritabgabe in den Gemisch ein Zollsches von 14,3 Pfennig je Liter Benzin ist, mit einer „Erhöhung“ der Ausgleichsabgabe von 1/10 Pfennig auf 1 Pfennig je Liter zufriedenzugeben.

Wenn man nun aber noch berücksichtigt, daß die Beunabproduktion in raschem Anstieg begriffen ist und in diesem Jahre vielleicht schon 150 000 Tonnen erreichen dürfte, so erhöht sich diese Liebesgabe um 50 Proz., so daß also der Verzicht die I.G. praktisch nicht einmal was kostet!

Nun ist mit einiger Sicherheit zu erwarten, daß die Erzeugung von Beunabgen weiter steigt und vielleicht schon in einem halben Jahr das doppelte der letztjährigen erreicht. Dann wird die I.G.-Farben bei dem Geschenk nicht nur nichts einbüßen, sondern per Saldo noch ein Plus einstecken.

Dies aber geschieht im Angesicht einer trostlosen Lage der Gesamtwirtschaft und der Reichsfinanzen, im Angesicht eines rückwärtsgehenden Lohn- und Gehaltsabbaues und im Angesicht mürgender Waffennot. Man weiß wirklich nicht, ob man bei diesen Vorgängen mehr bestaunen muß die Begehrlichkeit der Großindustrie oder die Ahnungslosigkeit und Willfährigkeit der Geheimräte im Finanzministerium.

# Skandal über Skandal.

## Bilanzfälschungen am laufenden Bande.

Die Wirtschaftsverbrechen bei Schultheiß, Nordwolle und Favog nehmen die Deffektivität derart in Anspruch, daß die kleineren Affären dagegen völlig in den Hintergrund treten. Aber diese Skandale bei mittleren Unternehmungen, die erst die Kräfte aufgedeckt, sind für den moralischen Verfall der privatwirtschaftlichen „Führer“ nicht weniger typisch als die Vorgänge bei den Großkonzernen, wenn es sich bei den verschleuderten Geldern auch nicht gleich um Tausende oder Hunderte von Millionen handelt.

So ist bei der Chemnitzer Maschinenfabrik Kappel jetzt durch den Konkursverwalter eine schwere Bilanzfälschung festgestellt worden, die das Eingreifen des Staatsanwalts unbedingt erforderlich macht. Bei der zum 17. September 1931 aufgestellten Vermögensübersicht erscheinen 5,52 Millionen Schulden, darunter 2,66 Millionen Bankschulden. Demgegenüber beträgt der Wert der Masse nur 83 000 Mark. (!) Der Konkursverwalter stellt fest, daß die letzte Bilanz vom Juni 1930 gefälscht gewesen sein muß, da sich sonst nicht der Verlust des Gesamtkapitals von 3,6 Millionen und diese riesige Schuldenlast ergeben könnten.

Die diese letzte Bilanz frisiert war, beweist die Tatsache, daß die Schulden nur mit 1,6 Millionen angegeben waren. Noch im Juli dieses Jahres hatte die Verwaltung die Steuern, die Schulden mit nur 3,7 Millionen einschließlich 800 000 M. Rückstellungen anzugeben. Die Praxis der Bilanzfälschung und Verschleierung haben also die Herren von der Kappel-Direktion ihren großen Konkurskollegen gründlich abgeguckt. Die einwandfreie Klarstellung der Bilanzfälschung durch den Konkursverwalter muß die zuständige Staatsanwaltschaft zu sofortigem Eingreifen veranlassen, und es ist zu hoffen, daß auch dieser Prozeß gründlich in das Dunkel privatwirtschaftlicher Geschäftspraxis hineinfuchelt.

### Schwedentrust muß Kapital zusammenlegen.

Der deutsche Kugellagertrust bekommt jetzt auch die Folgen seiner überstürzten Ausfall- und Expansionspolitik zu spüren. Ursprünglich besaß der schwedische Trust als deutsches Kugellagerunternehmen nur die S.M.V. Norma in Stuttgart mit einem Kapital von 7,5 Millionen Mark. Dieses Unternehmen leitete der Generaldirektor Boeninger, der in dem Werksplanungsprozeß Norma gegen Riebe eine sehr eigenartige Rolle spielte. Unter der Führung Boeningers hat die Norma in kurzer Zeit bis auf ein einziges Unternehmen die gesamte deutsche Kugellagerindustrie aufgekauft und in einer neuen Gesellschaft, Vereinigte Kugellagerfabriken A.-G., zusammengeschloß. Diese Konzentration diente nicht wirtschaftlichen, sondern ausgesprochen monopolistischen Zwecken, was darin zum Ausdruck kam, daß blühende Unternehmen mit großem Auftragsbestand, wie Riebe und Karlsruher Industriewerke, kurzerhand stillgelegt wurden.

Die überstürzte Expansion, die wie im Falle Kohn-Riebe-werk sehr teuer bezahlt werden mußte, hat aber mit der Verschärfung der Krise für den Schwedentrust erhebliche Schwierigkeiten mit sich gebracht. Schon 1930 wurde ein Verlust von 770 000 M. ausgewiesen. Der Abschluß für 1931 dürfte mit den notwendigen Abschreibungen einen hohen Millionenverlust ergeben. So hat sich die Verwaltung der Vereinigten Kugellagerfabriken A.-G. entschließen müssen, von ihrem 40-Millionen-Kapital jetzt bereits durch Einziehung 10 Millionen zu streichen, um die erwarteten Verluste zu decken.

Zunehmende Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten. Die Schätzung des Arbeitsministeriums hat die Zahl der beschäftigungslosen Fabrikarbeiter im Monat September um 50 000 zugenommen.

Sie sparen bei der Zahnpflege, wenn Sie die Chlorodont-Zahnpaste verwenden, denn eine kleine Menge davon genügt. Versuch überzeugt. Sollen Sie sich vor billigen, minderwertigen Nachahmungen.



# Lohnkonflikt und Reichsregierung.

Es muß endlich dem Lohnabbau eine Grenze gesetzt werden.

Die Schlichtungsverhandlungen im Reichsbahnbetrieb haben gestern mittag um 12 Uhr begonnen. Sie haben einen sehr scharfen Verlauf genommen und wurden gegen 9 Uhr abends auf heute mittag 12 Uhr vertagt. Die bisherigen Verhandlungen fanden direkt zwischen den Parteien statt. Die Schlichterkammer ist noch nicht gebildet worden. Erst nach dem Scheitern der Parteiverhandlungen wird die Schlichterkammer in Funktion treten.

Wir stehen vor schweren Tagen. Schon in dieser Woche muß sich zeigen, wohin in der Lohnfrage die Reise gehen soll. Eine Reihe bedeutsamer Lohnkonflikte drängt nach Entscheidung. Die Arbeiter des Reiches, der Gemeinden, der Reichsbahn und der Reichspost steigen in Verhandlungen mit ihren Arbeitgebern, und der Ausgang dieser Verhandlungen muß Klarheit darüber schaffen, ob der deutschen Arbeiterschaft der Hungererimen noch enger geschnallt werden soll oder ob die Regierung entschlossen ist, jetzt endlich in der Lohnfrage den Arbeitern gegenüber Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu zeigen.

Die Arbeiter sind im Lohnabbau weit über die Grenze des Erträglichen mitgegangen, obwohl ihnen klar ist, daß nie mit Lohnabbau eine Krise behoben werden kann. Es hat aber alles seine Grenze und deshalb ist der Alarmruf des Einheitsverbandes der Eisenbahner an den ADGB und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ein sehr ernstes Symptom für die gesamte lohnpolitische Situation.

Der Verzweigungsruf der Eisenbahner hat auch die Reichsregierung auf die dem Reichsbahnbetrieb drohenden Gefahren aufmerksam gemacht. Auf Einladung der Regierung fanden daher am Montag in der Reichskanzlei unter Beteiligung der Gewerkschaftsspitzen Besprechungen mit den Vertretern der Eisenbahnergewerkschaften statt. Diese hatten so Gelegenheit, den zu findigen Stellen die ungeheure Notlage der Eisenbahner klarzumachen. Sie führten den Nachweis, daß ein weiterer Lohnabbau im Reichsbahnbetrieb unerträglich sei. Sie machten darauf aufmerksam, daß ein großer Teil der Reichseisenbahnarbeiter bereits seit längerer Zeit Lohnneinbüssen von mehr als 20 bis 33 Prozent durch Lohnkürzungen und Feierschichten aufgelegt worden sind. Eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung der Eisenbahner sei auch aus staatspolitischen Gründen vollkommen unmöglich. Die Gewerkschaftsvertreter wiesen sehr eindringlich auf die akute Gefahr hin, die sich aus Verzweigungsaustritten bei weiterem Lohnabbau im Reichsbahnbetrieb naturnotwendig ergeben müsse.

Die Darlegungen der Gewerkschaften in der Besprechung mit der Reichsregierung blieben nicht ohne Eindruck. Mit Einbrücken allein ist es aber nicht getan. Die Regierung muß sich darüber klar sein, daß ihre Haltung nicht nur für den Lohnkonflikt bei der Reichsbahn, sondern für die gesamte Lohnlage bestimmend wirkt. Sie kann den Unternehmern der Privatindustrie ein gutes und ein schlechtes Beispiel geben. Ein schlechtes Beispiel wäre nicht nur für die augenblicklich schwebenden Lohnverhandlungen, sondern auch für den Verlauf der Beratungen des Wirtschaftsrats, die am Donnerstag beginnen sollen, verhängnisvoll.

## Abwehrkampf der Gemeindearbeiter.

Die Reichstagskommissionen der Gemeindearbeiter und kommunalen Straßenbahner, die gestern im Verbandsrat des Gesamtverbandes zusammentraten, haben die Lohnabbauvorschläge des Reichsverbandes kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände Deutschlands einstimmig abgelehnt.

Die Mitglieder der Reichstagskommissionen, die alle Bezirke des Reiches vertreten, berichteten über den entschiedensten Widerstand der Gemeindearbeiter und Straßenbahner. Sie sind nicht bereit, kampflos eine weitere Verschlechterung ihrer Lebenshaltung auf sich zu nehmen.

Der Lohnabbau zusammen mit den Arbeitsstreckungen haben vielfach das Lohnneinkommen auf die Unterstützungssätze der Arbeitslosenversicherung herabgedrückt. So beträgt zum Beispiel das Bruttowochenlohn eines verheirateten Gemeindearbeiters in Waldenburg i. Schl. 25,60 M. Zieht man hiervon die sozialen Beiträge, Steuern usw., die starken Ausgaben für Wohnung, Heizung und Beleuchtung ab, so verbleiben für die Lebenshaltung einer Familie ganze 14 M. pro Woche. Von diesem erbärmlichen Betrage sollen nach den Vorschlägen des Arbeitgeberverbandes noch 9 Proz. abgezogen werden. Mit dem Wegfall der Lohnschuttklausel für verkürzte Arbeitszeit reduziert sich dieser Lohn um weitere 5 Proz., so daß nach diesen Abzügen dem Arbeiter etwas über 10 M. pro Woche zur Bestreitung seines Lebensunterhalts verbleiben würden.

Es ist daher selbstverständlich, daß der Gesamtverband alle gewerkschaftlichen Mittel zur Anwendung bringen wird, um angedeutet dieser hungerlöthne weiteren Lohnabbau zu verhindern.

# Die Front der Gewerkschaften.

Scharfer Wind in Berlin-Brandenburg-Grenzmark.

Die vier Bezirkskonferenzen des ADGB-Bereichs Berlin-Brandenburg-Grenzmark im Berliner Gewerkschaftshaus, über deren ersten Verhandlungstag wir bereits berichteten, nahen am Sonntag den Geschäftsbericht des Bezirkssekretärs, Genossen Kallmeyerhaus, über die Tätigkeit des Bezirkssekretariats in den letzten drei Jahren entgegen.

Die Arbeitslosigkeit hat auch in diesem Bezirk einen nie gekannten Umfang angenommen. Von rund 270.000 Arbeitslosen Anfang 1928 stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 414.000 bis zum 1. Januar 1930 und auf 644.000 bis zum 15. Oktober dieses Jahres. Während in den Stammindustrien des Bezirks, wie zum Beispiel in der optischen Industrie, dem Bergbau usw., die Hoffnung besteht, daß bei einziehender Konjunktur für die Arbeiter dieser Industrien auch wieder Beschäftigung vorhanden sein wird, sind in dieser Hinsicht für die übrigen Gebiete des Bezirks, besonders für die Metallindustrie im Osten, gar keine Aussichten mehr vorhanden. Allein bis zum Jahre 1930 sind in 30 Orten des östlichen Gebietes des Bezirks

über 100 Betriebe mit etwa 12.000 Beschäftigten gänzlich stillgelegt.

worden. Einzelne Orte, wie Christianstadt, Driesen usw., sind industriell völlig ausgestorben. Die Folge dieser Entwicklung ist eine starke Abwanderung der Industriebewohner aus dem Osten, vor allem nach Berlin, und eine weitere Zunahme des Elends in den Städten, wohin sich die Auswandernden gewandt haben. Die Krise hat sich zwangsläufig auch auf die Eigenbetriebe der Arbeiterschaft, insbesondere auf die 136 Baugesellschaften im Bezirk ungünstig ausgewirkt.

Bei der Berichterstattung über die Tätigkeit der Gewerkschaften in den Körperschaften der Reichsanstalt kritisierte Genosse Bollmeyerhaus besonders scharf die in personeller Hinsicht geradezu feindselige Haltung der Reichsanstalt

gegenüber dem „roten“ Landesarbeitsamt Brandenburg. Wenn diese Schikanen, die sich in erster Linie gegen den sozialdemokratischen Präsidenten Brühl richten, nicht bald aufhören, werden die Gewerkschaften Mittel und Wege finden, die die Ruhe der verantwortlichen Herren in der Reichsanstalt empfindlich stören dürften. Ueber die Vorfälle der Arbeitsgerichte im Bezirk sei nicht zu klagen. Lediglich über den Vorsitzenden des Landesarbeitsgerichts Frankfurt a. d. Oder, Landgerichtsdirektor Siemert, liegen bezüglich seiner Verhandlungsart und seiner Urteilsfindung berechtigte Klagen der Prozeßvertreter und Arbeitnehmerbesten vor.

Die organisatorische Zersplitterung im Krankenkassenwesen schreie zum Himmel. Im Bezirk gibt es zur Zeit nicht

weniger als 1178 Krankenkassen mit rund 2.580.000 Mitgliedern. Von den 44 Gefellensauschussmitgliedern der drei Handwerkskammern im Bezirk sind zur Zeit 36 Freigewerkschafter.

In der

### Bildungs- und Jugendarbeit

sind in der Berichtszeit sehr gute Fortschritte erzielt worden. Allein in Berlin wurden den freien Gewerkschaften im vorigen Jahre 6348 jugendliche Mitglieder zugeführt. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder im Bezirk ist von 597.206 am 1. Januar 1929 auf 622.200 bis zum 1. Januar 1930 gestiegen, dann aber infolge der Krise bis zum Anfang dieses Jahres auf 604.204 gefallen.

An dem Geschäftsbericht wurde keine Kritik geübt. In der allgemeinen Aussprache wurde vor allem für die Gewerkschaften betont, zur Erreichung ihrer Ziele und zur Erhaltung der Errungenschaften der Arbeiter

notigenfalls auch die härtesten außerparlamentarischen Kampfmittel anzuwenden.

Lebhafte Klage geführt wurde über die Diffe A.-G. und die Pflannerschafts-Braunlohnengruben, die die noch im Betrieb vorhandenen freien Gewerkschafter skandalisieren und bei Neueinstellungen nur noch Stahlhelmer und Nazis berücksichtigen.

Von den drei angenommenen Entschliessungen wendet sich die erste gegen den freiwilligen Arbeitsdienst und fordert dessen Beseitigung aus der Arbeitslosenversicherung. Die zweite Entschliessung billigt die Beschlüsse des Frankfurter Gewerkschaftskongresses. Die dritte Entschliessung wendet sich mit aller Schärfe gegen die reaktionäre Harzburger Front und gegen die verbretcherischen Versuche, die freien Gewerkschaften und ihre parlamentarische Interessenvertretung, die Sozialdemokratie, zu spalten.

Der Bezirksausschuss, dem die Konferenz einstimmig den Dank für seine Tätigkeit in den letzten drei Jahren aussprach, wurde mit Ausnahme eines freiwillig ausscheidenden Mitgliedes in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt.

## Das Washingtoner Abkommen.

Spanien ratifiziert bedingungslos.

Genf, 26. Oktober.

Die spanische Regierung hat das Washingtoner Abkommen über den Nichtkundentag ratifiziert und dem Völkerbundsekretariat mitgeteilt, daß die spanische Regierung auf den Vorbehalt der früheren Regierung verzichte, wonach Spanien die Konvention nur annehme, wenn sie von Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien gleichfalls ratifiziert werde.

Der Stand der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens ist jetzt folgender: Ohne Vorbehalt haben ratifiziert Belgien, Bulgarien, Chile, Spanien, Griechenland, Indien, Litauen, Ungarn, Portugal, Rumänien und die Tschechoslowakei.

Dier Staaten, nämlich Desterreich, Frankreich, Italien und Lettland, haben unter dem Vorbehalt ratifiziert, daß andere Staaten, darunter England und Deutschland, gleichfalls ratifizieren. Das Internationale Arbeitsamt spricht gelegentlich der Ratifizierung Spaniens in einer Verlautbarung den Wunsch aus, daß Großbritannien und Deutschland ebenfalls bald der Konvention beitreten möchten.

## Protest der Reichspostarbeiter.

Gegen weiteren Lohnabbau — für Tarifrecht.

Am Sonntag waren in Berlin die Mitglieder der Reichsabteilungsleitung sowie die Bezirksleiter der Reichsabteilung Post und Telegraphie im Gesamtverband zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengetreten, die sich mit dem Lohnkonflikt der Reichspostarbeiter befahte. Wegen der außerordentlichen Bedeutung dieses Lohnkonfliktes nahm auch der Vorsitzende des Gesamtverbandes, Reichstagsabgeordneter Genosse Schumann, daran teil. Neben der Notverordnungspolitik der Reichsregierung beschäftigte sich die Konferenz besonders mit den Maßnahmen des Reichspostministeriums zum Ausgleich des Haushaltes der Deutschen Reichspost, die auf die Lohnpolitik und die Arbeitszeitkürzungen der Reichspost den maßgebenden Einfluß ausgeübt haben.

Die Tagung protestierte entschieden gegen den durch die Anwendung des § 6 der Notverordnung vom 5. Juni beabsichtigten Eingriff in das Tarifrecht der Reichspostarbeiter. Sie forderte von der Verbandsleitung schärfste Abwehrmaßnahmen gegen die unerhörten Angriffe auf das Grundrecht der Arbeiterschaft.

Einstimmig wurde die Tagung die im Zusammenhang mit dem § 6 der Notverordnung erfolgte Kündigung des Lohnvertrages der Reichspostarbeiter und den damit beabsichtigten weiteren Lohnabbau. Bei den jetzt schon unzureichenden Löhnen der Reichspostarbeiter und der dadurch bedingten fargen Lebenshaltung müßte ein weiterer Lohnabbau die schwersten Gefahren für Familie, Betrieb und Staat zur Folge haben.

Ebenso entschieden wandten sich die Konferenzteilnehmer gegen die Eingriffe in das Beamtenrecht durch die Notverordnung. Sie lehnten jeden Gehaltsabbau und jede Pensionskürzung für die Beamten der unteren und mittleren Befoldungsgruppen als untragbar ab.

Die Haltung der Organisationsvertreter bei den Lohnverhandlungen am 24. Oktober wurde einmütig gebilligt. Das Ergebnis der Beratungen der Konferenz wurde in einer Entschliessung zusammengefaßt, die einstimmig angenommen wurde. In zum Schluß an die Arbeiter der Reichspost appelliert, sich zu organisieren, da nur eine starke und kampfbereite Organisation ein weiteres Herabsinken der arbeitenden Klasse ins Elend verhindern kann.

## Betriebsratwahl bei A.G. Treptow.

Seit zwei Jahren haben im Arbeiterrat die Kommunisten mit ihrem A.G.-Anhang die knappe Mehrheit. Wenn man zurückschauend die Tätigkeit dieser „roten“ Mehrheit Revue passieren läßt, so ist man erstaunt über ihre Fruchtlosigkeit. Wie überall, wurden auch in diesem Betriebe der Belegschaft die tollsten Versprechungen von den A.G.-Stuten gemacht, um die ihnen verhassten Gewerkschaften zurückzudrängen. Forderungen wurden aufgestellt, zum Beispiel „20 Pfennig Lohn-erhöhung“, die aber nie bei der Direktion verhandelt wurden.

Die Führer dieser Revolutionäre, der kommunistische Stadtverordnete Birsing, verschwand lang- und kluglos unter Mitnahme von 1800 M. Abfindung, obwohl er vor Gericht großpaulig erklärt hatte: „Ein Revolutionär läßt sich nicht abfinden.“ Seinen A.G.-Funktionären hatte er die Abfindung verschwiegen. So ließe sich die Liste noch beliebig verlängern.

In mehreren überfüllten Belegschaftsversammlungen der freien Gewerkschaften wurde überall mit Begeisterung die Parole aufgenommen: Alle Stimmen der freigewerkschaftlichen Klasse 1, beginnend mit den Namen Tuntowiti, Leder, Freimuth.

### SPD.-Metallarbeiter!

Heute, Dienstag, 19. Uhr, in den Sophien-Gärten, Sophienstr. 17-18, Versammlung der SPD.-Metallarbeiter. Tagesordnung: 1. Referat des Genossen Franz Kallmer über: „Weltwirtschaftskrise, Faschismus und der Kampf der deutschen Arbeiterklasse“. 2. Stellungnahme zur Generalversammlung. Parteiausweis ist mitzubringen. Der Fraktionsvorstand.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, 19. Uhr, tagen die Gruppen: Adlershof, Stuppenheim, Adlershof, Bismarckstr. 1. Eine Gerichtsverhandlung. — Schöneberg: Jugendheim Wiederschneeweide, Berliner Str. 31 (Möbchenschule, im Keller). Eine Gerichtsverhandlung. — Prenzlauer: Jugendheim Rindenschtr. 46, Zimmer 3. Die Gewerkschaften in der Krise. — Gewerkschaftsbau: Engelsplatz 24-25, Saal 11. Wer wir sind und was wir wollen. — Wedding: Jugendheim Wilmersdorf, 3. Treppen, Zimmer 11. Entschlüsse aus der Fremdenlegion. — Reinickendorf: Jugendheim Guntersb. 44. Gewerkschaftliche Kampfmethoden. — Frankfurter: Alter Markt, Jugendheim Alter Markt 18. Verlinnung und Verlinnung. — Köpenick: Jugendheim Köpenick, Treppenecke 44 (Kant-Schule). Schon ab 19 Uhr. Eine Arbeitsgerichtsverhandlung. — Treptow: Jugendheim Altenstr. 8. Wie feiern den 8. Geburtstag. — Steglitz: Jugendheim Himmelsstr. 10. Arbeit auf Schiffsplätzen. — Landsberger Platz: Jugendheim des Ostens, Große Frankfurter Str. 16. Weltweit antworten. — Wilmersdorf: Jugendheim Bremer Straße, Wilmersdorf. — Spandau-Wilmersdorf: Jugendheim Sportplatz Gledburger Straße. Der Gewerkschaftskongress. — Krossener Platz: Jugendheim Christburger Str. 11. Die Kirche und der Arbeiter. — Jugendbegegnung der Volkshäuser am Sonntag, dem 1. November, 15 Uhr. „Kampf um Reich.“ Karten sind in der Jugendzentrale erhältlich. Preis 50 Pf.

## Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Köpenick: Jugendheim Guntersb. 44. Spieldabend. — Reinickendorf: Jugendheim Lehrter Str. 15-19. Wir organisieren ein Streikspiel: „Reichslohnkampf“. — Der Sport- und Bewegungssportclub ab 20 Uhr in der Turnhalle Vorurthe Straße 20. — Die nächste Vorstellung der Jugendvolksbühne ist am 1. November. Geplant wird: „Kampf um Reich“ von Stemmle. Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. sind im Jugendsekretariat zu haben.

# Mitgliederversammlung

des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands

Mittwoch, den 28. Oktober 1931,

Ortsgruppe Berlin

Mitgliedsbuch legitimiert!

19,30 Uhr, in Kliems Festsälen,

Es spricht Verbandsvorsitzender **Franz Scheffel**, M. d. R. — Keiner fehle!







# Erich K. Schmidt: Angst

Als die Sonne strahlend über Siziliens Vorgebirgen aufgeht, rückt sich Ch. F. Wahle, der junge deutsche Künstler, zu einer jener Kalfouren, die ihn tagelang tief ins Land hineinführen, und von denen er, körperlich beschwingt und bepackt mit einer farbenreichen Ausbeute, in sein einsames Hühelhaus zurückkehrt. Er stopft Wahrungsmittel und Kalorienflüssigkeiten in den Rucksack hinein, schnallt die leichte Staffelei zwischen den Lederbändern fest, schließt die Jalousien, deren Querstäbe er horizontal stellt, damit der Wind des Nachts die Zimmer frisch durchweht und tritt vor die Tür, die er gleichfalls mit doppelten Schlössern versichert.

Schon zieht sich, hinter abwärts fallenden Reihhügeln, Mandelbäumen und Zitronenhainen, die den bestreudenden Bogen der Meeresbucht umsäumen, eine rosafärbende Lichtbrücke über das Tyrhenische Meer, neben dieser Reflexbahn der Sonne blühen die blauen Wasser von Millionen Diamanten, und um die Felsen zur Linken, darauf ein alter Sarazenturm sich vermittelt redt, erscheint eine Regatta von durchglühenden Segelbooten: die Fischer aus dem Nachbarort in der Tiefe kehren heim vom nächtlichen Fang.

Dieses Bild, schon mehrfach auf der Leinwand festgehalten, darf an diesem Morgen die hellen Augen des Malers nicht allzu lange fesseln, obwohl es ihn wieder entzückt; ein paar Jüge nur aus der kurzen Pfeife, und schon wandert der Künstler rüstig gegen die hinter dem Hause ansteigenden Berge, sein Krüdstock klirrt metallisch auf dem felsigen Pfad. Die Schmetterlinge sind längst unterwegs auf ihren jagenden Streifen, Bergziegen klettern, fast unsichtbar, über steile, graubraune, nur sorgbewachte Trifte, zwei Falken schwingen durch das Aetherblau, — aber plötzlich stockt Wahles Fuß: zwischen durchlöchernten Steinen ringelt sich eine braune Schlange davon. Anwillkürlich umfaßt der Maler seinen Stock mit härterem Griff, als wollte er den feuchtglänzenden Leib zerquetschen, dort, wo sich am Genick der Kopf der Biper verbreitert. Aber schon ist die Schlange hinter Felsen verschwunden, verzuht wie eine Wispel, von der für den Maler nichts zurückbleibt als eine Warnung vor drohenden Gefahren.

Wahle denkt lächelnd an die alte Frau, die mehrmals in der Woche aus dem Fischerort zu ihm heraufkommt, um sein Zimmer zu säubern und für ihn zu kochen. Sie erschien eines Tages sehr erregt und berüchtete von einer Schlange, die sie soeben heftig erschreckt habe. Wie lang sie gemessen sei? Nun, so — sie zeigte eine Entfernung von drei, vier Metern auf — und so dick! Als der Maler jedoch, ungläubig lachend, diese Ausmaße bezweifelte, wurden sie, im Laufe des Tages, in jeder Dimension harmloser, bis ein meterlanges Schlanglein übrigblieb. Und viel größer war auch die Biper kaum, die soeben zwischen den Steinen verschwand. Trotzdem sagt sich Wahle, daß es nicht auf die Anzahl der Zentimeter, sondern auf den Giftgehalt der Zähne ankommt, und da es die erste Schlange ist, der er in diesen Bergen begegnete, geht nun sein Blick vorsichtig prüfend über die Steine, indessen sich immer neue Prospekt, pittoresk und farbig, wie wechselnde Kulissen vor ihm aufbauen. ...

Am Abend des dritten Tages steigt Wahle von den Bergen gegen das Meer hinab. Er verzehrt die Reste eines Brotes, das er in einem Gebirgsdorf kaufte, ein paar Früchte, die ihm ein Bauer gab, er ist müde von der langen Wanderung, von seiner Arbeit und den tausend Gefächten, die ihn in diesen Tagen bedrängten. Während er essend weiterstreitet, spürt er eine warme Luftwelle gegen seinen Rücken stoßen, er blüht zum Himmel, über dessen tiefblauem Blau himmelroter Abendwolken in merkwürdigen Streifen ziehen, auch der Vollmond, der eben aus hohen Bergschroffen taucht, hat ein seltsam verschleiertes Gesicht. Es ist so still wie in einem leeren Dom, nur bismweilen, wenn die warmen Stöße der Luft an den Ohren des Malers vorbeiziehen, ist es ihm, als ginge ein überheimes Musikieren von den Stacheln der Klaffen aus, die schon bizarre Schatten über die Felspfade werfen, eine erregende Unruhe schwillt in den Buchten der Berge an, die den Fuß vorwärts treibt. Aber da sich Wahle, Schweiß auf der Stirn, seinem Hühelhaus nähert, vernimmt er wie erlöst die kleinen Kloden der Flegelherden, die von den kahlen Klaffen herabstiegen, da der Abend kam.

Als der Maler die Kegel seiner Haustür öffnet, aufatmend den Rucksack von den Schultern nimmt, beginnt der Schirokko heftiger um die Stiele zu pfeifen. Eine tiefe Würdigkeit läßt den Einflamen wie trunken durch sein kaltes Zimmer schleichen, und da das Mondlicht gestreift durch die Stäbe der Jalousien fällt, entzündet er weder Lampe noch Kerze, zieht die Kleider herab und fällt auf sein hartes Bett.

Bedrückend stürzt der Schirokko auf das kleine Haus, die Südwand scheint zu bebrennen, das geschlossene Fenster darinnen klirrt, auch die offene Jalousie gegenüber sperrt, Wahle vermag nicht einzuschlafen. In wirrem Beschle ziehen die Bilder der letzten Tage vor seinen Augen vorüber: die Konturen der Berge überschneiden einander wie zuckende Parabeln, die Felsenhöcker laufen gelöst in die Tiefe, Opuntien tanzen, mit ihren fleischigen Gliedern, gleich aufgeregten Gelpenstern um seine Stirn, und tief in seine Pupillen strahlt das Himelrot des Abendhimmels ebenso wie das gelbe Licht des verschleierten Mondes. Durst plagt ihn, doch er ist unfähig, wieder aufzustehen, um aus der nahen Zisterne Wasser zu schöpfen.

Wahle läßt ihn der Gedanke, er sei nicht allein im Raum. Obwohl er sich erinnert, daß die Tür gut verschlossen war, wie auch die Kegel der Jalousien niemand von außen zu öffnen vermochte, peinigt ihn der Gedanke, daß er es verjäumt, unter sein Bett zu schauen, ehe er sich niederlegte. Er möchte über sich lachen, weil noch nie dieses Gefühl der Angst ihn bedrängte; auf seinem unruhigen Wandertreiben in Europa war er durch viele, nicht immer alltagliche Situationen gegangen. Aber nun scheint sein Herz bald stillzustehen, bald sicherhaft zu roten. Er sagt sich: sich auf, entzünde die Kerze, und du wirst sehen, daß nichts als dieses bishigen Schirokko dein Blut in Wallung bringt, dazu die ankrenzenden Tage, die vorangingen. Aber er ist nicht fähig, sich zu rühren. Und da er nun die Lider hebt, rinnt ein Schauer über seinen Rücken: bewegte sich dort, zwischen den Streifen des Mondlichts, nicht ein lebendiges Wesen? Ihm war, als schliche ein Tier lautlos über die blauen Felsen. Der Schrecken lähmt seine Pupille, daß sie schmerzhaft im Augapfel hängt.

Während er atemlos auf den Boden starrt, scheint sich ihm das Rätsel zu lösen: es ist seine Wandermücke, die er vorhin verächtlich wohl auf den Boden warf. Natürlich, da liegt sie, rund und still, harmlos, aus dunklem Tuch fabriziert, er glaubt ihren Schirm zu erkennen, den dunklen Knopf, der sich aus ihrer Mitte wölbt, und er beginnt laut zu lachen, er schilt sich einen Greis, würdig des Altmannshauses von Kopenhagen.

Doch da rollt der Mühenkirm auseinander, der Knopf hebt sich steil empor, und nun vernimmt der Maler ein laises Rischen im Raum. Das ist nicht der Schirokko, der durch die Rippen schleicht. Seine Mücke wird zu einer dunklen Schlange, die sich wie Gummi auseinanderzieht, das Schwanzende zuckt, der Kopf steigt gewunden anwärts, — sieht er nicht die gespaltene Zunge im offenen Rachen? Den grünlich schillernden Blick, der ihn festbannen will?

Wahle wird, unter einer Sturzflut von Gedanken, brennend

wach, ihm ist nun klar, daß die Biper durch die Stäbe der Jalousien schlüpf, in den Tagen, da das Haus leer und verlassen lag. Doch er findet keinen Entschluß. Wie soll er den nackten Fuß über den Boltron setzen? Wenn das Tier gegen ihn führe, er wäre verloren, eine Viertelstunde ist das Fischerdorf entfernt, doch wer hilft ihm dort? Und bis zum Arzt in der nächsten Stadt muß man eine Stunde mit der Bahn fahren.

Unverwandt blicken Mensch und Tier einander in die Augen. Wahle erwägt, ob er das Kopfpolster schleudere, doch damit löst sich eine Schlange nicht töten. Sie vermag auch nur über sein Bett hinweg durch die Stäbe der Jalousie zu entweichen, so wie sie in das Zimmer eingedrungen war. Hinter dem Reptil, an der Wand, sieht Wahle seinen Stock hängen, es sind nur ein paar Meter Entfernung, doch seine Macht der Erde vermag ihn in seine Hände zu ziehen, und zwischen ihnen ringelt sich, machsam und spähend, der Feind, der Erbfeind des Menschen, dem er schon in biblischen Zeiten den Kopf zertrat und den er heute noch fürchtet wie je.

Der Maler, überreizt durch körperliche Anstrengungen, erregt durch die Einsamkeit und Stille der Nacht, spürt, wie das Blut siedend sein Herz durchzieht, er fühlt, daß der Schweiß seinen ganzen Körper bedeckt, er sieht sich, vom Schlangengift durchwogt, an-schwellen, während seine Haut sich schwärzlich verfärbt. Es ist Zeit, denkt er krampfhaft, einen Plan zu fassen, denn schon beginnt ein Schwindelgefühl seine klare Denkfähigkeit zu schwächen, es ist, als höbe sich der steinerne Fußboden ihm schräge entgegen, so daß die Biper unausfallsam seinem Bett entgegengleitet.

Wenn das Tier giftig faucht, so will er es durch seine gewaltige Menschenstimme betäuben, denkt Wahle, und beginnt, in einem Paroxysmus von Mut und Entsetzen, zu brüllen, daß die kalte Stube dröhnt und der Schirokko unhörbar wird. Er tastet mit dem

## Die Wäbuis: Im Elternhause Klabunds

Rot und grün und gelb strömt wider Wein vom breiten Balkon herab auf die Straße, flatternde, bunte, farbenleuchtende Bänder, die der Herbstwind packt und in die Luft wirft. Sie tanzen vor den Fenstern, sie verhüllen die Eingangstür der alten Apotheke, ein spielerischer, schwanfender, festlich lodender Vorhang.

Der junge Mensch im weißen Apothekerkittel, der über Füllen und Schachteln gebeugt ein Rezept verarbeitet, steht in geheimnisvollem Bunde mit den Mächten, die um das Haus am Marktplatz ihr Wesen treiben. Das bleiche Gesicht mit den dunklen Augen, dem gewellten, fleischschwarzen Haar gehört nicht hierher, in die kleine Stadt Kroffen an der Oder. Dieser Künstlerkopf hat irgendwo unter einer südlichen Sonne seine Heimat, an den Ufern der blauen Adria, in den schmalen, musterrfüllen Straßen Neapels oder an der festlichen Küste Capris. Es ist ein Mensch der Renaissance und des Barock, der da im Gewand des Apothekers arbeitet, und es gibt nur eine Erklärung und eine Antwort, die alles Fremdartige und Rätselvolle dieser Umgebung und seiner Menschen umfaßt: hier war der ältere Bruder des jungen Apothekers, hier war — Klabund daheim —

Das letzte Geheimnis eines Menschen, einer schöpferischen Kraft ist unentzifferbar. Weder Eltern, noch Bruder, noch Umwelt, noch Heimatstadt vermögen auszusprechen, was über die Bergänglichkeit hinweg wirkt, lebt, einmet, was noch im Tode die Kraft hat, Geister und Seelen an sich zu reißen. Sie alle können nur ein paar bunte, leuchtende Farben auf der Palette mischen und einen Hintergrund malen, einen geheimnisvollen tiefen, vielfarbigen Hintergrund, der aber doch nichts weiter ist als eine Kulisse, ein spielerischer, schwanfender Vorhang, der die letzte Tür verhüllt.

Niemand kann die tiefsten Fäden zwischen Vater und Sohn einwickeln. Der Vater Klabunds — Kroffens langjähriger zweiter Bürgermeister, nach dem die Dr. Henshke-Straße ihren Namen trägt — ein Mensch der Tat, der organisatorischen Kraft, der starken, geistigen Beweglichkeit; was mag von ihm auf den Sohn übergegangen sein? Die Kroffener kennen die Werke des Vaters besser als die des Sohnes, und sie zählen eifrig auf, was sie ihrem Bürgermeister verdanken: Die Betriebswerke der Stadt, Gas, Wasser, Elektrizität, die Bauten der Volkshule und des Realgymnasiums, der Volkstheater, des Heimatmuseums. Sie können kein Ende finden und verstimmen erst, wenn man sie nach den Werken des Sohnes fragt. Das Sicht- und Greifbare, das festgefügte des Alltags steht ihnen näher als die lustige, nicht zu fallende Welt der Träume und Dichtungen.

Klabunds Mutter — zart und schmal und still sitzt sie am breiten Tisch des blumengeschmückten Zimmers. Immer wieder wandert der Blick hinüber zur Bronzebüste des Sohnes, während die Hände vergilbte Briefe und Bilder ordnen. Dann reißt sie eine alte Photographie herüber, auf der ein hübscher, kleiner, pausbäckiger Schlingel in die Welt lacht. Das ist der kleine Alfred Henshke, als er noch nicht — Klabund war. Kinderbriefe, Zeitle, heste, eine humorvolle, kleines Schilermachwerk, eine winzige, vierseitige Zeitung als erste journalistische Leistung — alles hat die Mutter in unerklärlicher Ahnung sorgsam aufgehoben und verwahrt. Bild fügt sich an Bild, allmählich kommt etwas Reifes, Bemutetes in das junge Gesicht, die Schrift verliert das haltlos-Kindliche, aber in den Briefen an die Mutter bleibt er der zärtliche, anhmiegende, keine Junge. Nach dem Bilde der Mutter wähl er auch die Frau, das zarte, blonde Mädchen, das der Tod nach kaum einjähriger Ehe von seiner Seite reiht. Innerhalb weniger Tage verliert er Frau und Kind, es ist der fürchterliche Schlag, der auf sein Leben niederdröhnt. Die Briefe an die Eltern sind Schmerzensschreie eines selbst zu Tode Betroffenen.

Wie durch ein Wunder überlebt er diese Monate und rettet sich hinüber in Jahre der Einsamkeit, in die nur rauhartig entstandene Werke Höhepunkte der Erfüllung bringen. Langst hat Klabund die kleine Stadt an der Oder hinter sich gelassen. Wohl kehrt er mehrmals zurück ins Elternhaus, die Reifewunde tief ins Gesicht gezogen, den Körper an der Hand, wie ihn ein Bild zeigt, oder dann drängt es ihn wieder hinaus. Der Wanderer zwischen tausend Städten, Herzen, Seen sucht den Weg zu sich selbst, zu seiner künstlerischen Vollenbung.

Sie löst Briefe und Bilder für sich selbst sprechen, die zarte, innerliche Frau, die zur Hüterin des Nachlasses ihres Sohnes berufen ist. Vielleicht aber sieht sie in aller Stille das uneroöffnliche Material und erfüllt die Aufgabe der Mutter Anselm Feuerbachs, Emil Goltzs, Heinrich Herzs. Und die Biographie Klabunds zu schreiben, die uns immer noch fehlt. Denn sie, die Mutter, hat das Recht und die Kraft dazu.

Hoch über den Mauern der kleinen Stadt, auf dem Bergfriedhof, schlüft er, der trankene Sänger der Schönheit, unter alten, breitblättrigen Stämmen und blühenden Beeten, unter dunklen Tannen und Lorbeer. Aber er ist nicht allein. Sie sind alle bei ihm, die Gebrüder seines Lebens, das dunkelglühende Weinsand und die ziehenden Vögel, die weite Ebene, der strömende Fluß und die breiten, weißen Wolkensäume, die zeitlos durch das unendliche blaue Licht flauern.

einen Fuß über den Bettband, ohne, unter wüstem Geschrei, den Blick von der Biper zu wenden, er ergreift mit den Zähnen seine Hausschuhe, nun sind wenigstens die Füße durch das Leder geschützt, und während er auf den Boden gleitet, nimmt er das breite Kopfpolster mit, packt es in der Mitte wie einen Schild, den er auf den Gegner zermalmend zu stoßen gedenkt, deutlich hört er spätes Geschick, da er, noch immer schreiend, der Schlange nähert, sie zieht sich, den Kopf voran, schnell auseinander und lacht zu entfliehen. Aber da faßt das Kissen gewaltig auf sie hinab, so daß nur der Kopf dunkel unter der Leinwand hervorquillt, Wahle fühlt, durch das dicke Polster hindurch, wie sich der sehnige Leib krampfhaft bäumt, er unterbricht jäh sein Geschrei und greift, indessen er auf dem Kissen kniet, zähnefletschend nach dem feuchten Genick.

Da, ehe er zupackt, wirft sich ihm der Rachen der Schlange entgegen, ein winziger Schmerz im Ballen des Daumens, der Maler brüllt von neuem auf, er preßt seine Finger wie stählerne Klammern in die schleimige Haut und löst sie erst, als er keine Zudung mehr spürt. Aber nun sinkt er unvermittelt in die tiefen Abgründe einer Ohnmacht, aus der er nicht früher erwacht, als bis Schläge an seine Haustür dröhnen und die Sonne wohlthuend durch die Stäbe der Jalousie gegen seine Augen dringt.

Er wirft seinen Morgenrock über und öffnet der alten sizilianischen Frau, die starr zu seinem verstärkten Gesicht ausblickt. Dann, als sie die tote Schlange sieht, schreit sie laut und will fliehen. Aber der Maler zieht sie ins Zimmer, bis sie vor dem Kadaver steht, und endlich vernagt sie, nach einem prüfenden Blick, zu sagen:

„Non è velenoso.“

„Rein, giftig ist sie nicht!“ bestätigt Wahle — wie lächerlich dünkt ihn jetzt sein heimlicher Kampf und die betäubende Angst dieser Nacht. Er stößt die Jalousie auf, das Sonnenlicht fällt wie ein gelber Sturzbach in das Zimmer, der Maler dehnt die steifgewordenen Glieder und fährt, in seiner Muttersprache, lachend fort:

„Denn dafür bin ich in der Tat ein lebendiger Beweis!“

## Duck: Kanonen, Kurgäste, Kabeljau

Lage ist Schicksal. Und so mußte denn aus dem friedlich hinter dem Elbdeich hindämmenden Bauern- und Fischerstädtchen Cuxhaven Deutschlands modernste Seefestung werden, als der Imperialismus des zweiten Wilhelm nach der Seeherrschaft geif. Der Cuxhaven besaß, der belag die Elbmündung und beherrschte durch die Deutschlands größten Handelsböden, Hamburg. Militärisches Denken zog die Folgerung, zwischen Deich und Düne, zwischen den beiden Scheiteln des stumpfen Winkels, auf dem Cuxhaven zwischen Battenmeer und Elbe liegt, Batterie neben Batterie, Fort hinter Fort aufmarschieren zu lassen. Hinter Panzer, Erdwall und Beton lag Rohr neben Rohr, vom leichtesten bis zum schwersten Kaliber. Eine Militärseifenbahn fuhr mitten durch alte Fischmarkt und trostlose Beamtenhäuser und Kasernen. Um die Stadt herum und bis in die Stadt hinein stand ein Drahtverhaun von Warnungstafeln: Festungsgelände, Betreten verboten. . . Photographieren verboten. . . Zeichnen verboten. . . Wenn der rote Ball am Mast hochgezogen, wegen Scharfschießen gesperrt. . .

Das war das kaiserliche Cuxhaven. Im Kriege wurde es vollends, trotzdem kein Schuß gelöst zu werden brauchte, zu einer belagerten Festung mit Jenuhr und Drahtverhaun, aufgerissenen oder gesperrten Straßen und Spionierkähnen, Militäräktator und Hinrichtungen des zivilen Erwerbs. Hungerkälten, Krankheitskälten gaben sich in das harte Kriegsgesicht der Elbefestung. Und als der Zusammenbruch da war, da schien auch Cuxhavens Schicksal besiegelt.

Lage ist Schicksal. Jede neue Zeit aber ist neue Lage, bringt neue Möglichkeiten. Heute sind die Forts — soweit sie der Frieden bestehen ließ — tote Punkte im Leben Cuxhavens, stehen wie gigantische Hünengräber der Vergangenheit an Land und Deich. Cuxhaven hat, seiner imperialistischen Aufgabe ledig, die Arbeit des Friedens entdeckt. Kurgäste und Kabeljau, Bad und Fischerei prägen heute das Gesicht der Elbmündung. Und es ist ein Gesicht, aus dem lebendige, hoffnungsvolle Augen schauen.

Zwischen den beiden Blutbahnen Elbstrom und Eisenbahn anlagert, von ihnen mit seinen Seitenänderchen durchspült, liegen Fischereihafen, Fischhallen und Fischindustrie. Da — Industrie: denn die hundert verschiedenen Formen, in denen verbraucht wird, was als Seefisch aus dem eisgeföhnten Magen der schwarzen Fischdampfer gelöst wurde, sind das Produkt einer mit allen Hilfsmitteln modernster Technik aufgebauten Apparatur. Bündlinge am laufenden Bande, Fischfilets und Fischkonserven, Lebertran und Fischmehl; es reißt sich Fabrik an Fabrik an den riesigen Auktionshallen, die nach dem Fischereibassin hin raffen wie ein nimmerlattes Maul, dem die Hochseedampfer Bissen auf Bissen heranzuschleppen. An die 130 Fischdampfer, derbe, gedrungene Burschen, lächerlich klein für den Atlantik, die Nordsee und das Weiße Meer, dem sie seine Fischherden entreißen, liegen in dem langen Schlund, des Fischereihafens. Mehrere tausend Familien leben im Rhythmus von Erfolg und Mißerfolg der Fangdampfer. Tausende weiterer Familien erhalten Arbeit und Brot von Hohen, Handel und Verarbeitung. Und jede Kabeljaulaifon, jede Heringslaifon gibt Tausende von Arbeitserinnern aus dem Ruhrgebiet monatlang Brot in Cuxhaven.

Drüben aber, jenseits des Binnendeiches, der die Hafendammung umrahmt, den Elbdeich entlang bis zum schwarzen Dreieck der Kugelbake und dann am offenen Meere, liegt das zweite Cuxhaven, das Nordseebad. Erst nach dem Kriege kam der Aufschwung, und das rote Cuxhaven, das rote Hamburg, prägen das Bad Cuxhaven mit Kindererholungsheimen, Ferienheimen und anderem Beginn einer Gemeinschaftskultur.

Die Stadt, zwischen Fischerei und Bad, wächst und verjüngt sich. Wegen den verstaubten, häßlichen Kern der ehemaligen Beamten- und Soldatenstadt stoßen Siedlungen und Wohnblöcke roter Arbeiterbauten in einfachen, ruhigen Linien vor. Die sozialdemokratische Stadterweiterungskommission — seit 1919 bis heute steigen die sozialdemokratischen Wahlziffern ständig in Cuxhaven, unberührt vom Rückschlag der letzten Jahre im übrigen Deutschland — war führend in der großzügigen Schöpfung des neuen Cuxhaven. Von der „Bauhütte“ wurden die Wohnblöcke geschaffen, die auch der nichtsozialistische Kurgast bewundert, und am Hauptplatz der Stadt baut sich das Parteiblatt, die „Alte Liebe“, ein neues Heim von moderner Zweckmäßigkeit und Schönheit.

Das Meer als Medizin und als Jagdgrund hat das Meer als Tummelplatz grauer Panzerkassete und als Schussfeld schwerer Vangrober überwunden. Der Kurgast und der Kabeljau sind die lebensfroheren Erben der alten Seefestung. Seehaft überheulen die Strenzen der Fischdampfer die stimmungswunden Strandbatterien. Tag und Nacht pocht der Rhythmus harter Arbeit am Hafen, und draußen, am Strande des Battenmeeres, tummeln sich Großstahlförder und müde gearbeitete Erwachene gelund.

Verantwortlich für Inhalt: Viktor Böhm; Bildredaktion: G. Altmann; Druck: Buchdruckerei „Die Kunst“, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Druck 2. Auflage.



# Das Reichsbanner warnt!

Konferenz der Führer des Reichsbanners.

Am letzten Sonnabend und Sonntag waren in Magdeburg die leitenden Funktionäre des Reichsbanners zur Besprechung der Lage versammelt. Darüber übermittelte der erste Bundesvorsitzende, Oberpräsident C. Göring, der Presse folgende Erklärung:

In der am 24. und 25. d. M. zu Magdeburg abgehaltenen Konferenz der Gau- und Kreisführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold konnte einhellig festgestellt werden, daß trotz der unverminderten Wirtschaftslage seit dem unheilvollen Wahlsieg des 14. September 1930 das Reichsbanner sich innerlich und äußerlich dauernd gekräftigt hat. Der kameradschaftliche Zusammenhalt und der Opferwille der im Bunde zusammengeschlossenen republikanischen Kriegsteilnehmer und Kriegsteilnehmerfrauen ist so fest und unerschütterlich wie nie zuvor. Ebenso einstimmig mußten aber auch die Vertreter aller Gauen ernste Besorgnisse zum Ausdruck bringen. Das Bedauern, ja die Erbitterung ist allgemein, daß der verehrungswürdigen Person des Herrn Reichspräsidenten ein Mann mit bester Vergangenheit wie A. Hitler nicht hat ferngehalten werden können. Immer noch müht die Justiz mit zweierlei Maß. Daß im Lande Braunschweig zu Tausenden aus dem ganzen Reich zusammengeholt faschistische Gewalttäter zwei Tage lang dort eine Gewaltherrschaft ausüben konnten und auch nachträglich nicht mit aller Entschlossenheit die notwendigen Konsequenzen daraus gezogen worden sind, beleuchtet die Verworfenheit der politischen Lage. Was sich in Braunschweig tatsächlich abgespielt hat, werden wir in kürzester Frist durch unsere Bundeszeitungen und die Bundespressestelle der Öffentlichkeit darlegen. Nur eines möchten wir heute schon hervorheben: pflichttreu bis zum äußersten, teilweise heldenhaft und völlig selbstbeherrschend war die Haltung der zahlenmäßig viel zu schwachen Landespolizei Braunschweigs. Der faschistische Polizeiminister Klages hat, während er die republikanische Kritik mit rücksichtslosem Verbot unterdrückte, trotzdem die Polizeibeamten vor feigen und verleumdenden Angriffen der bolschewistischen Presse nicht geschützt.

Leider muß aber festgestellt werden: Mehr oder weniger lassen es die Reichsregierung und selbst Landesregierungen, in denen die republikanischen Parteien das Heft völlig in der Hand haben sollten, am nötigen Selbstbewußtsein und Durchgreifen fehlen. Bünde und Organisationen, an deren einseitiger politischer Einstellung ja an deren verfassungsfeindlichem Grundcharakter heute kein Zweifel mehr erlaubt sein darf, werden teils von Reich, teils von den Gändern subventioniert und zu Aufgaben herangezogen, an die man offene oder versteckte Feinde der Republik nicht heranlassen darf. Kräfte im republikanischen Lager, im besonderen im Reichsbanner, stehen zur Lösung aller Lebensfragen der Republik genügend und zu jeder Zeit zur Verfügung.

In solcher Notzeit hält es das Reichsbanner für seine wohlverstandene vaterländische Pflicht, den eisernen Zusammenhalt der in überparteilicher Form zusammengeschlossenen Kameraden unbedingte zu wahren. Es liegen keine Anzeichen vor, daß Spaltungsvorläufe oder ähnliche parteipolitische Untriebe unseren Bund gefährden können.

Das vor Jahresfrist ausgesprochene Wort Carl Severings: „Das Reichsbanner ist notwendiger denn je“ ist nie wahrer gewesen als heute. Dessen mögen sich aber auch alle mitverantwortlichen verfassungstreuen Personen und Organisationen bewußt bleiben. Wenn von „Auflösung“, „Verbot der Bundesträger“, „Demonstrationsverbot“ für alle Verbände gesprochen wird, so ist dies, soweit es das Reichsbanner betrifft, verabschiedet, verurteilt und als Verleumdung abzuwehren. Eine Republik, die die demokratische Nothilfe ihrer Söhne nicht nutzbar zu machen versteht, würde sich selbst aufgeben. Das Reichsbanner lehnt es mit aller Entschiedenheit ab, mit halb- oder ganz-faschistischen, mit halb- oder ganz-bolschewistischen Bänden oder Bewegungen in einen Topf geworfen zu werden. Von allen verantwortungsbewußten republikanischen Parteien, Verbänden und ihren Führern verlangen und erwarten wir, daß sie sich geschlossen hinter uns stellen.

Wir wollen als anständige Bürger der Republik die Republik schützen und werden uns durch nichts abhalten lassen, in der Stunde der Gefahr zur Stelle zu sein.“

## Von Kommunisten ermordet.

Ein Polizeiwachmeister in Gelsenkirchen erschossen.

Gelsenkirchen, 26. Oktober.

Als heute früh kurz nach Mitternacht zwei Gelsenkirchener Polizeibeamte bei einem Streifgang eine Gruppe von etwa 10 Männern, die kommunistische Lieder sangen, zur Ruhe aufforderten, wurde ihnen zugerufen: „Ihr blauen Hunde habt uns nichts zu sagen!“ Die Polizeibeamten wollten die Personalleiter der Ruhestörer feststellen. Die Kommunisten sprangen zurück, riefen „Heil Moskau!“ und „Rot Front!“ und gaben auf den Polizeioberwachmeister Niederwerfer mehrere Schüsse ab, so daß er sofort zusammenbrach. Auch der andere Polizeibeamte wurde beschossen, ohne jedoch getroffen zu werden. Er beschloß die Angreifer; es scheint, als ob einer der Angreifer getroffen worden ist. Niederwerfer, der Schüsse in den Bauch, in die Brust und in die Wirbelsäule bekommen hatte, wurde ins Krankenhaus gebracht. Dort ist er heute vormittag gestorben.

Die Polizei hat heute nacht eine Aktion gegen das kommunistische Volkshaus in Gelsenkirchen unternommen. Es wurden zehn Mann angegriffen, die anscheinend als Kommando für Ueberrfälle bestimmt waren. Das Volkshaus wurde polizeilich geschlossen. 10 Personen sind bisher festgenommen worden.

## Der Ermordete war Reichsbannerkamerad.

Das Reichsbanner teilt mit: Während der Ausübung seines Dienstes wurde zu Gelsenkirchen in der Nacht vom Sonntag auf Montag unser Kamerad Polizeioberwachmeister Guido Niederwerfer, der seit Gründung dem Reichsbanner angehörte, durch einen kommunistischen Terrorattentat überfallen und durch fünf Revolverkugeln zu Boden gestreckt. Kamerad Niederwerfer ist wenige Stunden später seinen schweren Verletzungen erlegen.

## Frank Molnar: „Jemand“.

Romäne.

Ganz dünner Molnar. Wasserfahnen und Frau Molnar-Darvas sind ganz unglücklich und beschämt, und drücken das, was im Textbuch nicht gedruckt steht, gewaltsam zum Erfolg. M. H.

# Schultheiß-Berband.



In den nächsten Tagen soll das Schultheißbier in dieser Form ausgefahren werden.

# SA-Führer Heildorf vor Gericht.

Die Ausreden der Führer der Kurfürstendamm-Krawalle.

Der erste Tag im Graf-Heildorf-Prozess brachte nur die Vernehmung der Angeklagten: Natürlich sitzen sie sämtlich unschuldig vor Gericht. Es genügt aber, sich das Bemerkungsergebnis der ersten Verhandlung gegen die Kurfürstendamm-Krawallisten in Erinnerung zu rufen, um diese Unschuldsbeteuerungen richtig einzuschätzen. Der Graf war selbstverständlich vom ersten Augenblick seiner Ankunft auf dem Kurfürstendamm an krampfhaft bemüht, seine SA-Leute wegzubringen. Von Planmäßigkeit keine Spur. Und das, obgleich er selbst um die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche herum drei seiner Standartenführer traf, obgleich der angeklagte Sturmabteilungsleiter Heil den Kurfürstendamm in einem Auto abfuhr und der angeklagte SA-Führer vom Sturm 2, Schulz, auf einem Motorrad die Krawallstraße dahinsaupte.

Graf Heildorf versucht, auf das Gericht einen guten Eindruck zu machen. Illegalen Demonstrationen seien den SA-Leuten aufs strengste verboten. Standartenführer und SA-Führer seien nicht beauftragt, Demonstrationen anzukündigen. Tun sie das, so werden sie beurlaubt oder ausgeschlossen. „Ich bin auch selbst von der Obersten Führung in München beurlaubt worden“, sagt Graf Heildorf. „Als ich am Montag, dem 14. September, in München zur Führerbesprechung eintraf, richtete Oberst Röhm an mich die Frage, ob ich an der Sache beteiligt sei. Ich verneinte das. Oberst Röhm wollte Einzelheiten wissen und fragte, ob ich eine Untersuchung eingeleitet habe. Ich erklärte, daß ich dazu noch keine Gelegenheit gehabt hätte, weil ich zur Führerversammlung mußte. Oberst Röhm befohl mir, unmittelbar nach meiner Rückkehr nach Berlin, die Untersuchungen einzuleiten. Auf Grund eines Schreibens vom 21. September der obersten SA-Führung aus München bin ich angesichts der Pressenemungen bis auf weiteres beurlaubt worden.“

Was Graf Heildorf ist beurlaubt; von irgendwelchen Ergebnissen einer Untersuchung hinsichtlich der Standarten-, Sturm- und Truppführer, die an den Kurfürstendamm-Krawallen beteiligt waren, hat man nichts gehört. Die Beurlaubung des Grafen Heildorf war wohl nichts anderes als eine Geste der Bestätigung bei der Obersten Führung, daß die Legalität der NSDAP in Berlin derart kompromittiert werden konnte. Graf Heildorf versuchte auch in anderer Weise gut abzuschneiden: Er habe bereits, als er in der Nacht vom 12. bis zum 13. September auf dem Polizeipräsidium festgehalten worden sei, seinen sogenannten „Stabsleiter“ Ernst beauftragt, an den Major Bede, der ihn auf dem Kurfürstendamm aufgefordert hatte, sich „fortzuscheren“, einen Brief zu schreiben, in dem sein Bedauern über die Vorgänge auf dem Kurfürstendamm ausgedrückt und die Schuldlosigkeit der SA-Führung an den Ereignissen beteuert werden sollte. Diesen Brief sand man im Stenogrammheft des Ernst; er hatte ihn nicht abgeschickt.

Im übrigen schilderte Graf Heildorf seine Dienstreise am 12. September ähnlich wie in der ersten Verhandlung, also, wie er im Auto des bereits verurteilten Röhm in Begleitung des gleichfalls bereits verurteilten Leiters der Stabswache Gewehr und des Angeklagten Ernst zuerst zum SA-Portal des Sturmes 15 in der Lühowstraße gefahren ist und dann zum Verkehrslokal des Sturmes 45 in der Steinwegstraße. In der Lühowstraße fand er angeblich nur ganz wenige SA-Leute vor. Der herbeigeholte „Sturmabteilungsleiter“ mußte ihm nur zu berichten, daß die SA-Leute zum Kurfürstendamm gegangen seien. Auf Heildorfs Frage, zu welchem Zweck, will er von dem SA-Mann keine „genügende Antwort“ erhalten haben.

Vors.: Fiel Ihnen das nicht auf? Angekl.: Ja. Vors.: Was machten Sie nun, um sich Klarheit darüber zu verschaffen? Angekl.: Ich fuhr zum Kurfürstendamm. Eine Joachimsthaler Straße und Kurfürstendamm sah ich eine größere Menschenmenge von etwa 1000 Personen, ich hörte „Deutschland erwache“ rufen, ich erkannte auch einige SA-Leute an der Kleidung. Vors.: Wo mußten Sie sich sagen, das sind meine Leute!

Wurden Sie auch begrüßt? Angekl.: Ja, mit Handgruß und mit Heilrufen. Ich fuhr darauf in Richtung Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche und am Bahnhof Zoo vorbei wieder zur Joachimsthaler Straße. Ich verlieh mein Auto und wollte versuchen, die SA-Leute wegzuschicken. (In der ersten Verhandlung hat der Graf Heildorf als Zeuge dies angebliche Motiv für seinen Spaziergang nicht angegeben!) Vors.: Warum wollten Sie sie wegschicken? Angekl.: Weil ich es für meine Pflicht hielt. Vors.: Weshalb haben Sie dies nicht bereits früher getan? Sie hatten ja schon Hausen von SA-Leuten gesehen, auch „Deutschland erwache“ war gerufen worden. Angekl.: Ich wollte mich noch weiter orientieren. Ich ging noch einmal in Richtung Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, traf in der Lauenburgerstraße den SA-Führer Sander und gab ihm den Auftrag, die SA-Leute, sofern er sie erreichen sollte, wegzubringen in der Richtung zum Wittenbergplatz. Vors.: Wes-

halb taten Sie das? Angekl.: Weil ich es für notwendig hielt. Es kamen gerade Polizeierkämpfungen an, ich wollte Zusammenstöße vermeiden, die Menge wurde von der Polizei in die Kantelstraße gedrängt, und da ich nun nicht mehr in der Lage war, selbst die SA-Leute zu erreichen und nicht von der Straße weggeprügelt werden wollte, bestieg ich wieder mein Auto. Vors.: Wie hoch schätzen Sie die Zahl der SA-Leute? Angekl.: Auf 500 bis 600 Mann. Es waren aber noch Angehörige anderer vaterländischer Verbände dabei, so z. B. vom Stahlhelm. Vors.: Und wie hoch ist die Zahl sämtlicher SA-Leute in Berlin? Angekl.: 8000. Auf die Frage des Rechtsanwalts Triebel wird festgestellt, daß Graf Heildorf rein äußerlich u. a. auch an seinem Abzeichen an der Mütze als SA-Führer kenntlich war.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Stehning: Hätte der Angeklagte den Eindruck, daß es sich auf dem Kurfürstendamm um eine planmäßige Durchführung handelte? Angekl.: Den Eindruck hatte ich nicht. Staatsanwalt: Hat der Angeklagte Uebereinigungen darüber angestellt, warum sich gerade um diese Zeit 600 SA-Leute als Publikum angesammelt hatten? Angekl.: Ich glaube für diese plötzliche Demonstration zwei Ursachen finden zu können: einmal

kann das ein Werk von Eodiphysa gewesen sein, die sich in großen Mengen in unseren Reihen befinden;

eine andere Möglichkeit wäre, daß der Plan in den SA-Leuten selbst entstanden ist, herangerufen durch dauernde rücksichtslose Unterdrückung durch die Behörden; unsere Leute werden täglich vermundet und gestört, die Verbrecher werden nicht gefast, dagegen wendet sich die Polizei mit Gummiknüppeln gegen die SA-Leute. Das hat eine äußerst starke Verbitterung und Verzweiflung zur Folge; von dieser Verzweiflung gepackt, sind wohl die SA-Leute zum Kurfürstendamm gegangen. Vors.: Ja, glauben Sie nicht, daß die Demonstration von irgendeiner Seite dirigiert worden ist? Angekl.: Von keiner Seite und von den Standartenführern unter keinen Umständen. Weder die Standartenführer noch die Sturmführer sind dazu befugt. Zur Demonstration bedarf es einer Genehmigung der oberen Leitung. Der Plan, der vielleicht in den Köpfen einzelner SA-Leute aufgetaucht ist, hat sich dann bei der allgemeinen Resonanz in Berlin gleich einem Lauffeuer unter die SA-Leute verbreitet. Staatsanwalt: Welche Maßnahmen hat der Angeklagte am nächsten Tage getroffen, um die Ursachen der Demonstration zu klären? Angekl.: Ich war am nächsten Tage mit den Vorbereitungen zur Führerversammlung in München beschäftigt.

Der „Stabsleiter“ Ernst bestätigte im großen und ganzen die Aussagen seines „Vorgesetzten“. Auch der angeklagte Stahlhelmführer Brandt erzählte wenig Neues. Der Vorsitzende will von ihm wissen, von wem der Angeklagte die Mitteilung erhalten habe, daß am südlichen Neujahrstage auf dem Kurfürstendamm Demonstrationen beabsichtigt seien. Der Angeklagte möchte darüber nichts sagen, um niemanden zu belasten. „Sie brauchen ja keine Namen nennen“, meint der Vorsitzende. Brandt: Wenn ich angebe, von wem ich von der beabsichtigten Demonstration erfahren habe, dann müßte ich ganze Organisationen belasten. Jedenfalls habe ich von keinem maßgebenden höheren SA-Führer die Mitteilung erhalten. Vors.: Vielleicht von einem unteren Führer? Brandt: Darauf möchte ich meine Aussage verweigern.

Die Vernehmung der übrigen Angeklagten gestaltete sich verhältnismäßig kurz. Der Führer des Sturmes 8, Schulz, lag am 12. September krank zu Bett. Von einem Freund wurde ihm erzählt, daß auf dem Kurfürstendamm Schlägereien im Gange und daß einige SA-Leute hingelassen seien. Er ersuchte das frühere Mitglied der NSDAP, den angeklagten Zeitungsjahrer Damerow, dessen Motorrad er des öfteren benutzte, ihm zum Kurfürstendamm zu fahren. Hier hörte er im Chor „Juda verrecke!“ rufen; es war ihm ohne weiteres klar, daß das Spitzel sein müßten; der Ruf „Juda verrecke“ sei durch eine mündliche stillschweigende Vereinbarung zwischen den Führern verboten; er werde nur noch von Provokateuren angewendet. — Der angeklagte Zeitungsjahrer Damerow bestätigte die Aussagen des Schulz; dieser habe ihm nur gesagt, da auf dem Kurfürstendamm eine Schlägerei sei, soll er seine Leute von der Straße holen. — Der Sturmabteilungsleiter Heil erzählt, daß er mit dem Auto des Stoßtruppführers Samersta, den er unterwegs traf, zum Kurfürstendamm gefahren sei. Auf dem Kurfürstendamm war eigentlich nichts Auffälliges zu sehen. Vors.: Wissen Sie nichts davon, ob

zwischen Goebbels, den wir hier als Zeuge hören werden, und Graf Heildorf eine Besprechung über den jüdischen Neujahrstag

stattgefunden hat? Angekl.: Nein. Vors.: Ist Ihnen bekannt, ob ein Befehl von Mund zu Mund gegangen ist? Angekl.: Nein.

Die nächste Sitzung findet heute, 9 Uhr, statt.



